

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Pannschuh u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. — Bräunnummern zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangierlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die Tagespaltene Kolonnenzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk., Zeitungspostzeit Seite 420

Nr. 3.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Kapitalkonzentration.

Innerhalb weniger Monate hat der kapitalistische Zentralisationsprozeß in den Vereinigten Staaten von Amerika wieder einige Riesenschritte vorwärts getan und Ereignisse gezeitigt, die in ihrer wirtschaftlichen Tragweite kaum hinter dem vor einigen 10 Jahren etablierten Milliarden-Trust der Stahlbarone zurückbleiben, ohne aber noch im mindesten jene Sensation zu erregen, wie seinerzeit die Gründung der Morgan und Carnegie.

Der in der Entstehung begriffene neue Milliarden-Trust zielt auf ein Verkehrsvermittlungsmopol auf dem Gebiete des Telephons und des Telegraphen ab und bedingt dadurch eine noch allgemeinere Abhängigkeit des Volkes in seinen privaten Beziehungen wie in seinem wirtschaftlichen Leben, als der Stahltrust sie mit sich bringen konnte. Im November wurde gemeldet, daß die American Telephone and Telegraph Company auf dem schmerzlosen Wege des Aktienkaufs die Western Union Telegraph Company verschluckt habe und die völlige Verschmelzung der beiden Gesellschaften bevorstehe. Diese Verschmelzung müßte aber unmittelbar zur monopolistischen Vereinigung des Geschäfts im Telephon- und Telegraphenverkehr überhaupt führen, da die einzige leistungsfähige Gesellschaft im Telegraphenverkehr außer der Western Union die Madagische Postal Telegraph Company die mächtigste Aktionärin der A. T. and T. Co. ist. Von dem Riesemaß der Verhältnisse kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß von der W. U. schon jetzt Aktien im Wert von 100 000 000 Dollar ausstehen und von der A. T. and T. Co. gar solche zur Summe von 529 475 800 Dollar. Das gäbe zusammen schon über 800 000 000 Dollar Kapital; es wird aber angedeutet, daß die neue Gesellschaft mit einem erhöhten Kapital von 1 Milliarde Dollar (über dreieinhalb Milliarden Mark!) gegründet werden solle, und auch eine wesentliche Kapitalerhöhung würde der Milliarden-trust fertig, wenn sie noch die Postal T. and T. Co. als Dritte dem Bund anschließen würde, denn diese verfügt ihrerseits wieder über ein Aktienkapital von rund 100 000 000 Dollar.

Die Western Union war einmal Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung, bei der freilich weiter nichts herauskam, als die Tatsache, daß ihr Kapital zur Hälfte Wasser, das heißt durch keinen materiellen Gegenwert gedeckt ist. Trotzdem hat sie im letzten Jahre bei 99 871 100 Dollar Aktienkapital (die fundierte Schuld von 38 645 000 Dollar hier nicht mitgerechnet) 7 347 107 Dollar Reineinnahme erzielt. War doch auch der größere Teil der Milliarde, womit Morgan und seine Leute den Stahltrust gründeten, reines Wasser, und das Wasser hat sich in der Zwischenzeit in solide, zinsbringende Papiere verwandelt, die ungefähr nach dem Parivert gehandelt werden, und seitdem sind noch enorme Kapitalien in neuen Anlagen des Stahltrusts riskiert worden, dessen Gesamtkapital heute 1 1/2 Milliarden beträgt. Es ist die gewaltige Produktivität der assoziierten Arbeit, die dem immer gigantischeren Unternehmungsgeist auf der Skala der Kapitalkonzentration stets den Erfolg sichert, um so mehr, als zu der „legitimen“ Ausbeutung noch die illegitime Ausbeutung des Volkes als Konsument wie auch als wahrer Produzent hinzukommt, das eine mit Hilfe des „Schutz“ jolls, das andre dank der fast vollständigen Niederbrechung der Arbeiterorganisation in allen vertrusteten Zweigen der amerikanischen Großindustrie.

Daß es bei der Vereinigung von Telephon und Telegraph auf eine absolute Monopolisierung dieser Verkehrsmittel abgesehen ist, bestätigt eine amerikanische Zeitungsmeldung vom 16. Dezember, wonach Morgan die beiden bedeutendsten der noch bestehenden „unabhängigen“ Telephongesellschaften an sich gebracht hat. Nach der „wissenden“ Kapitalpresse ist nicht daran zu zweifeln, daß es sich bei dieser Transaktion um einen weiteren Schritt in der Richtung handelt, alles Telephon- und Telegraphen-Eigentum des Landes unter einheitliche Kontrolle zu bringen.

Mehr Beachtung wegen ihrer möglichen einschneidenden direkten Folgen für das Wohl und Wehe zahlloser kleiner Leute findet aber eine andre Erwerbung Morgans, nämlich sein Ankauf der Aktienmehrheit einer der größten Versicherungsgesellschaften des Landes, der „Equitable“. Damit vereinigt dieser Finanz-Bar einen Reichtum in seiner Hand, von der sie der gewöhnliche Sterbliche kaum eine konkrete Vorstellung machen kann. Das Kapital der Versicherungs- und Treuhändergesellschaften, das Morgan heute beherrscht, schätzt man auf 1 749 000 000 Dollar; dazu

kommt der von ihm „kontrollierte“ Eisenbahnbesitz von 1 164 349 000 Dollar. Zuzüglich der 1 1/2 Stahl-Milliarden ergibt das die Bagatelle von 4 314 349 000 Dollar, das sind über 18 Milliarden und 120 Millionen deutsche Reichsmark! In der Hand eines einzigen Mannes konzentriert sich in Amerika ein Kapital von mehr als der dreieinhalbfachen Höhe der französischen Kriegsschädigung an Deutschland! Und dieses Kapitalmammut ist noch lange nicht am Ende seines Wachstums angelangt, sollen doch eben jetzt unter der Leitung Morgans Verhandlungen im Gange sein, alle größeren Kupfer-Gesellschaften, insbesondere die Kupferbergwerke der Colo-Man-Gruppe, die Amalgamated Copper Comp. mit ihren Tochtergesellschaften und die Kupferbergwerke der Guggenheims zu einer Monster-Gesellschaft nach Art des Stahltrusts zusammenschließen, und die Geschichte des Morganischen Stahltrusts lehrt, daß es töricht wäre, wegen der vorhandenen zahlreichen kleinen Kupferminen-Unternehmer von der Undurchführbarkeit des Projekts zu reden.

Schließlich taucht am kapitalistischen Horizont noch der Plan eines Riesennopol der amerikanischen Cyprich-Gesellschaften auf, deren märchenhafte Profite bekannt sind. Die „Adams“ und die „Wells Fargo“ haben zwar eine Zeitlang nur 6 Prozent, die „American“ 4 und die „United States“ sogar nur 3 Prozent Dividende „gemacht“, aber alle diese Gesellschaften haben fabelhafte Bonuss-Dividenden und Extraprofite verteilt, und das alles, obwohl ihr Kapital kolossal verwaschert ist. Wurde doch schon im Jahre 1898 nachgewiesen, daß von dem Gesamtkapital dieser Gesellschaften in Höhe von 55 Millionen Dollar nicht mehr als 10 Prozent tatsächlich einbezogen und der „Rest“ einfach Wasser war. Die ursprünglich gewerteten Aktien tragen heute alle ihre rechte Wertlosigkeit in sich.

Die Aktien dieser Gesellschaften gerahmt werden. Speziell die „Wells Fargo“ hat ihr eingezahltes Kapital von 750 000 Dollar auf 6 250 000 Dollar verwaschert, und diese Gesellschaft kann jetzt ihre Aktionäre mit der Verteilung von 300 Prozent Dividende erfreuen, unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals auf 24 Millionen Dollar!

Die Zeit ist abzusehen, daß eine Handvoll Milliardäre alle Industrien der Vereinigten Staaten besitzen oder beherrschen werden, wie ja die Standard-Oil-Kapitalisten heute schon tatsächlich die Oel-, Stahl-, Zucker-, Mehl-, Salz-, Schwefel-, Gas- und Elektrizitäts-Industrie sowie die Eisen- und Straßenbahnen unter ihre Vormherrschaft gebracht haben. Durch ein einziges wohlvereinbartes Spiel ihrer Finanzkünste könnte diese Handvoll Kapitalungeheuer in wenigen Tagen neue Milliarden machen und das „Eigentum“ des kleinsten der „kleinen Leute“ mit einem Schlage beliebig entwerten, so wie es in weniger blödsinnigen und auffälligen Verfahren ja schon heute geschieht. Die vertrustete amerikanische Volkswirtschaft wird aber gleichzeitig den Übergang zum Sozialismus aus einem nebelhaften „Endziel“ in eine aktuelle Forderung der Selbsterhaltung der Nation verwandeln.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. Januar 1910.

Nationalliberale Feinde des Reichstagswahlrechts.

Nachdem Herr Schmieding, der national-liberale preussische Landtagsabgeordnete, in der „National-Zeitung“ dem Prinzip des Dreiklassenprinzips seine Verwunderung ausgesprochen, geht er in einem zweiten Artikel dazu über, das Reichstagswahlrecht in so unerhörlig heftiger Weise anzugreifen, wie es seit Jahren selbst von Seiten der konservativen Junker nicht mehr geschehen ist.

Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, so versichert Abg. Schmieding, „erdrückt mit brutaler Gewalt die durch Bildung und Besitz ausgezeichneten Massen der Gesellschaft“. Es begünstige nur Reaktionen wie das Zentrum oder Radikale wie die Sozialdemokratie, daher gehöre „für einen liberalen Politiker schon ein großes Maß politischer Mairität dazu, die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu fordern“. Es sei „ein großer Irrtum, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für eine liberale Einrichtung zu halten“. Radikal nach der rechten und nach der linken Seite würde dieses System allerdings, aber niemals in liberalerem und noch weniger in gemäßigtem Sinne.

Ähnlich hat sich seinerzeit der damals national-liberale, jetzt freikonservative Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Menck (Altona) ausgesprochen, der noch hinzufügt, die meisten preussischen Nationalliberalen dächten wie er, sie hätten nur nicht den Mut, es zu sagen. Schmieding kann man „Mut“

— wenn zu dergleichen Mut gehört — nicht absprechen. Er hat mit der schönen Aufrichtigkeit eines westfälischen Scharfmachers die Gründe offen ausgesprochen, aus denen sich die Nationalliberalen der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts widersetzen.

Wenn die Nationalliberalen auch künftig ihr Treiben gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fortsetzen, wird man all ihren üblichen Ausreden Schmiedings unzweideutige Rundgebung entgegenstellen können. Wären die Nationalliberalen wirklich Freunde des Reichstagswahlrechts im Reiche, so müßten sie — das ist die einfache Folgerung — seine Einführung auch in Preußen fordern. Widerlegen sie sich der Einführung dieses Wahlrechts in Preußen, so geschieht es deshalb, weil sie Feinde des Reichstagswahlrechts auch im Reiche sind. —

Der Fall Haf.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ beschäftigt sich seit kurzem sehr angelegentlich mit dem Fall eines venezolanischen Farmers namens Rudolf Haf, der sich zurzeit als gefährlicher Lucrent in der Irrenanstalt Daldorf befindet. Haf soll vor einigen Jahren als er noch in Venezuela lebte, in einem Rechtsstreit ein obliegendes Urteil erzielt haben, dessen Vollstreckung ihm jedoch verweigert wurde. Er geriet infolgedessen mit den venezolanischen Behörden in einen etwas abenteuerlich verwickelten Konflikt, wobei ihn die deutschen Behörden des Rechtschutzes entbehren ließen, auf den er Anspruch zu haben glaubte. Schließlich blieben seine Eingaben an das Auswärtige Amt gänzlich unbeantwortet, und als er durch eine beleidigende Veröffentlichung das Auswärtige Amt zu einem Prozeß zu zwingen versuchte, ver die Aufmerksamkeit der Welt auf seinen Fall lenken sollte, erfolgte seine Internierung in Daldorf.

Die „Tägliche Rundschau“ macht nun zur Antwort auf ein offizielles Dementi, das die Anklagen des Haf einfach aus seinen krankhaften Vorstellungen erklärt, weitere Angaben über das Schicksal des unglücklichen Mannes, die wohl geeignet sind, die allgemeinste Aufmerksamkeit auf diesen Fall zu lenken. Sie schreibt zu dem Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Selbst einem Kranken darf der Schutz des Reiches nicht verweigert werden. Hier aber haben wir die empörende Tatsache, daß das Auswärtige Amt als Verkläger nachdem es seine Pflicht nicht getan, den Kläger einfach an administrativem Wege mundtot macht. Niemand sonst in der Welt hat ein Interesse daran, den Mann im Irrenhaus verschwinden zu lassen, niemand hat einen derartigen Antrag gestellt, weil niemand durch Haf sich bedroht gefühlt hat.

Nun wird weiter ausführlich erzählt, daß Haf am 20. Oktober v. J. vom Kreisarzt Dr. Zimmer „auf Anordnung des Auswärtigen Amtes“ (!!) interniert worden sei. Ein zweiter Arzt, Medizinalrat Matten sei überhaupt nicht dazu gekommen, Haf zu untersuchen, da dieser die Anwesenheit von Zeugen forderte, worauf Doktor Matten nicht einging. Der Medizinalrat entscheidet nun lediglich auf Grund der Haf'schen Eingaben, daß ihr Verfasser ein Lucrent sei und zur Beobachtung nach Daldorf müsse. Haf wird abgeführt, ohne daß sich irgend jemand um seine Sabeligkeiten kümmert. Und wörtlich heißt es dann weiter:

In Daldorf bekommt er das fragelose Sträflingshemd und die sonstige Anhalteliedung, bekommt er seinen Maffee mit seine Grauenfarbe, es ist also doch für ihn gesorgt. Der Hauswart geht zu, Poltsch fragt, was er mit den Sachen machen soll, fragt, ob er das Zimmer zur Verfügung halten muß. Die vergütete Antwort, ähnlich wie im „Gang nach dem Eisenhammer“ Schillers, lautet: „Bermieten Sie ruhig weiter, der kommt nicht wieder!“

Wäre diese Darstellung des alldeutschen Blattes richtig, wäre Haf wirklich interniert worden nur, um das Auswärtige Amt vor einem unangenehmen Ankläger zu schützen, dann würden die daran schuldigen Personen vor den Richter gestellt werden müssen. Das Auswärtige Amt kann vollständig im Rechte gewesen sein, und war es wahrscheinlich, wenn es ablehnte, den privaten Rechtsstreit des Herrn Haf zu einer internationalen Streitaffäre aufzubauschen. Aber es durfte weder seine Eingaben unbeantwortet lassen, noch gar seine irrenärztliche Untersuchung und Internierung veranlassen, die nur zum Zwecke der Heilung oder des Schutzes der Allgemeinheit gegen gemeingefährliche Krankheitsausbrüche erfolgen darf.

Es muß daher unbedingt gefordert werden, daß der Fall Haf die rückwärtslose Aufklärung findet und daß sein Geld und Opfer, falls ihm unrecht geschehen sein sollte, in ausreichender Weise entschädigt wird. —

Was sich das Zentrum gefallen läßt.

Die Maßregelungen von Beamten in Kattowitz wegen Wahl von Zentrumspoln dauern fort. Nachdem der preussische Justizminister den ihm unterstellten Beamten eine scharfe Miße erteilt hat und eine Anzahl Lehrer und Eisenbahner strafversetzt worden sind, ist nunmehr auch die Postverwaltung auf dem Plan erschienen. Elf Postunterbeamten, die bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, ist die Mitteilung gemacht worden, daß sie ab 1. Februar versetzt werden. Selbst die Verwaltung der Reichsbank beteiligt sich an diesem unerhörten Vorgehen. Sie hat einen Kassendirektor von Kattowitz nach Plauen i. Vogtl. versetzt.

Offenbar sind die maßgebenden Stellen bestrebt, völlig reinen Tisch zu machen, ehe der Reichstag wieder zusammentritt. Am 11. Januar wird der Reichstag über dieses System zu reden haben. Leider kann aber die Vertretung des deutschen Volkes an eine Interpellation weder Anträge knüpfen noch Beschlüsse fassen, und so werden die Staatssekretäre die Kritik in aller Gemütsruhe anhören; sie machen deshalb doch, was sie wollen. Das Zentrum schickt als Redner den Grafen Oppersdorff vor, der den Herren am Regierungstisch nicht allzu wehe tun dürfte, die Polen leisten sich ihren Korfanth, der sich gewiß kein Blatt vor den Mund nehmen wird. Aber schließlich tritt nach einigen Stunden Vertagung ein, die Fortsetzung der Debatte kommt nicht mehr auf die Tagesordnung und das System bleibt das alte.

Weil es dem Zentrum nicht Ernst ist, damit aufzuräumen. —

Schnelle Erkenntnis.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Haynau wurden sechs Sozialdemokraten mit geringer Stimmenmehrheit gewählt. Gegen die Wahl wurde Protest eingelegt, weil Nichtpreußen gewählt haben und die Wahlzeit zu kurz bemessen gewesen ist. Gegen die Richtigkeit der Listen wurde seinerzeit kein Einspruch erhoben.

Zu der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Protest von der liberal gesinnten Stadtverordnetenversammlung für begründet erklärt, obwohl der Bürgermeister und ein Stadtrat vergeblich darauf hinwiesen, daß das Oberverwaltungsgericht schon wiederholt entschieden habe, daß die einmal abgeschlossene Wählerliste eine unanfechtbare Grundlage für die Wahl sei und ohne Rücksicht auf etwaige Unrichtigkeiten deren Rechtsgrundlage bilde. Umsonst war der Hinweis des Bürgermeisters, daß gerade die Stadtverordnete, die jetzt die Kürze der Wahlzeit zum Protest erheben, vor der Wahl eine um 2 Stunden kürzere Wahlzeit haben wollten. Weiter sagt der Bürgermeister, daß ein solcher Beschluß rechtswidrig sei.

Diese Rechtsbelehrung fand bei den Stadtverordneten kein Verständnis. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Die sechs Sozialdemokraten bleiben vorläufig draußen. —

Die russischen Millionen!

Staatssekretär v. Schoen hat gegen die Vollstreckung des in Tsingtau gegen die russische Regierung gefällten Urteils auf Zahlung von 3 Millionen Mark an den Herrn v. Helffeld Einspruch erhoben. Die Forderung der russischen Millionen hat in Petersburg sehr unangenehm berührt und Herr v. Schoen erklärt nun in seinem Schriftdruck, daß die Verurteilung der russischen Regierung durch ein deutsches Gericht völkerrechtlich nicht zulässig sei, denn die russische Regierung habe stets erklärt, daß sie sich dem Spruch eines deutschen Gerichts nicht fügen werde.

Rußland erhält das Verfügungsrecht über die beschlagnahmten Millionen zurück. Wenn Helffeld zu seinem Gelde kommen will, dann muß er, falls es nicht zu einem Vergleich kommt, die russische Regierung bei einem russischen Gericht verklagen. —

Die zwei Seelen Blatchfords.

Blatchford's chauvinistische Artikel, die er unlängst in der „Daily Mail“ veröffentlichte, werden jetzt in der Form einer Broschüre als Agitationsmittel für die konservative Partei verbreitet. Bis jetzt läßt sich konstatieren, daß die Artikelserie nur den einen Erfolg gehabt hat, daß die Leute verstanden, daß es nicht idyllisch und sich fragen, was denn diese toten Rüststücke des Chauvinismus bei einem Manne, der früher als einer der ersten Sozialisten galt, zu bedeuten haben.

Für Blatchford selbst wird die Lage immer ungemühtlicher. Von den zwei Seelen, die in seinem Innern wohnen, tritt jetzt die eine als Antagonist gegen die andere auf. Unser Bruderorgan, der „Labour Leader“, drückt ohne Kommentar einige in die Augen springende Stellen aus den Blatchford'schen Artikeln in der „Daily Mail“ neben einer Anzahl Aussprüche ab, die Blatchford in seinem „Clarion“ oder an anderer Stelle getan hat. Die Gegenüberstellung dieser sich scharf widersprechenden Ansichten, die alle in der jüngsten Zeit ausgesprochen worden sind, bildet den besten Maßstab zur Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit Blatchfords.

In der „Daily Mail“ schreibt Blatchford: „Das Reich ist in Gefahr, aber das Volk glaubt es nicht. Es ist ihm gelagt worden, die deutsche Gefahr sei nur als ein mildes Mandorl, das ihn Schrecken einjagen soll, anzusehen.“

In seiner Broschüre „Britain for the British“ (England für die Engländer) sagt derselbe Blatchford auf S. 88-89 über den englischen Gegenstand: „Man sagt auch gewöhnlich, wenn mehr Geld für Kriegsschiffe verlangt wird, daß wir in Kriegszeiten, falls wir keine starke Flotte hätten, durch Hungernot gezwungen werden würden, uns zu ergeben. ... All diese Sätze sind unaufrichtig und heimtückisch, denn daß ein einziger Satz von unsem Feinden abgelesen wird und da redet man von einem Einfall!“

In der „Daily Mail“ schreibt Blatchford: „Das Volk ist eingebildet, gemütskrank, degeneriert und gefährlich. Es

will das Reich bewahren, ohne Opfer zu bringen und Dienste zu leisten.“

In „Britain for the British“ sagt er dagegen auf S. 73: „Die große Masse der Arbeiter führt ein elendes, dürftiges und freudloses Leben; die Arbeiter wohnen gedrängt zusammen in kleinen, unbequemen Häusern; sie bewohnen die dunkelsten, engsten und schmutzigsten Straßen; sie essen grobe und billige Nahrung, wenn sie nicht gar hungern; sie trinken verfallschtes Bier und verfallschte Spirituosen; sie tragen schäbige und schlecht gemachte Kleider; sie fahren in Wagen vierter Klasse und nehmen in Kirchen und Theatern die schlechtesten Sitze ein; und sie knauern mit der Ruhe ihrer Frauen, der Erziehung ihrer Kinder und ihrem eignen Wohlbefinden und ihrer Ehre, damit sie Miete, Zinsen und Profite zahlen können, die der müßige Reichtum in Luxus und Torheiten verschwenden kann.“

Im „Clarion“ schreibt Blatchford wiederum am 16. Juli 1909: „Wir haben ... etwa 20 Millionen Menschen, die in chronischer Armut leben. Was haben diese zu verteidigen?“ Blatchford verlangt in seinem in der „Daily Mail“ entwickelten Programm 1 Milliarde Mark für die Flotte und die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Am 19. November 1909 schreibt er dagegen im „Clarion“: „Hunderttausende haben keine Arbeit. Millionen der Arbeiter sind arm. Tausende kleiner Kinder sind hungrig und schmutzig.“

Und wiederum sagt er in demselben Blatt am 13. August 1909: „Dieselben Edelleute, die donnernde patriotische Reden gehalten haben und die jetzt die allgemeine Wehrpflicht und Geldwader von Kriegsschiffen verlangen, sind vor Wut entbrannt über die Forderung, daß sie eine Landsteuer in der Höhe von 1 Halbpenny (4 Pfg.) im Pfund (20 Mark) bezahlen sollen. ... Diese selben Leute wollen Soldaten und Dreadnoughts zur Verteidigung des Landes, das sie besitzen. ... Wir gehört kein Ziegelstein und nicht eine Elle Land. ... Ich habe nichts zu verteidigen.“

Ist wohl je ein Mensch schlagender durch seine eignen Worte widerlegt worden? Und dies ist nur ein kleiner Teil der Widersprüche, die der „Labour Leader“ aufdeckt.

Zwei Seelen wohnen in seiner Brust. Dem unbefangenen Leser fällt es nicht schwer zu beurteilen, welche von den beiden Seelen die Wahrheit spricht. Eine andre Frage ist, ob der Unfall Blatchfords nicht den Konservativen manche Stimme zuführen wird. —

Deutschland.

Ein Wink mit dem Zeppelinhorn. Vor einigen Tagen ist die Nachricht verbreitet worden, daß von der Einbringung einer Novelle zum Talonsteuergesetz Abstand genommen werde, weil die Gesellschaften, die vorzeitig Zinskupon ausgegeben haben sich zur nachträglichen Zahlung bereit erklärt hätten. Das Reichschatzamt bemerkt dazu, daß die Nachricht in dieser Form unzutreffend ist. Zwar haben in der letzten Zeit wiederum einige größere Gesellschaften für die erhebliche Steuerbeträge in Frage kommen, sich der Auffassung des Reichschatzamts angeschlossen, immerhin fehlt noch eine Reihe kleinerer Gesellschaften. Mit Rücksicht auf diese kleineren Gesellschaften, daher die Frage der Einbringung eines Talonsteuergesetzes noch keineswegs aus den Erwägungen der Reichsregierung ausgeschieden. Die kleineren Gesellschaften die noch immer die Absicht haben, den Damm an den Deutzel zu halten, werden vielleicht so patriotisch sein, endlich zu bezahlen. —

Für die preussische Wahlreform erklärt sich der bekannte Staatsrechtslehrer Professor Laband in der Revue für die deutsche Jurisprudenz. Laband verlangt grundsätzliche Reform. Die geheime Wahl werde zwar vielfach als willkommene Verbesserung, aber nicht als wirkliche Wahlrechtsreform empfunden werden. Er spricht sich für Erzeugung der indirekten Wahl durch die direkte Abschaffung der Stichwahlen, für Beibehaltung des allgemein-gemeinen und für das gleiche Wahlrecht aus und wünscht die Proportionalwahl zur Korrektur des Majoritätensystems. Er bemerkt dazu: „Die Proportionalwahl besteht bereits in vielen Staaten, und die technischen Schwierigkeiten, welche anfangs ihrer Durchführung entgegenstanden, hat man zu überwinden gewußt. Sie sichern jeder sozialen Klasse und jeder politischen Tendenz die ihrer Kraft und Bedeutung entsprechende Vertretung und stellt niemand in seinen politischen Rechten schlechter als andre Staatsbürger.“ — Die Rational-liberalen werden sich immer über diesen Abstraktionen. —

Eine neue Schießvorschrift für die Kavallerie ist an die in Frage kommenden Truppenteile hinausgegeben worden. Die gesamte deutsche Kavallerie ist nunmehr mit dem Karabiner M 08 ausgerüstet. Die Ausbildung der Kavallerie im Schießen soll der der Infanterie ziemlich gleichgebracht werden. Diese Neuarrichtung wird als ein weiteres Argument gegen die Herabsetzung der Dienstzeit bei den bestimmten Truppen ins Feld geführt werden. —

Aus der Parteibewegung.

Die 3. Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den thüringischen Kleinstädten fand am 2. Januar in Weimar statt. Aus den sieben Staaten, wo zusammen 33 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete tätig sind, waren 26 anwesend. Anwesend war als Vertreter des Reichstages Genosse Rosenfeld (Sachsen). In der sich daran anschließenden Debatte nahm einen weiten Raum die Meinungsverschiedenheit ein. Nach eingehender Aussprache und mehreren Abstimmungen istens der anwesenden thüringischen Abgeordneten beschloß die Konferenz diese Angelegenheit für erledigt, da sich herausstellte, daß trotz der übertriebenen Darstellungen der Partei vorläufig keine Einigung erzielt werden konnte. — Weiter die Einwirkung einer erhabenen Reichsversammlung und einer Erbauung auf die Finanzlage der thüringischen Kleinstädte referierte Abgeordneter Bod (Sachsen). Einigung wurde folgende Resolution angenommen:

Die wahren Finanzverhältnisse der Bundesstaaten haben ihre Ursache in der unzureichenden Finanzkraft des Reiches, das durch seine wachsenden Ausgaben zu Wehr und zu Lande die Einkünfte des Volkes verzehrt und erschöpft. — Die kleinen Bundesstaaten sind durch die Verantwortung vom Reichsstus kaum noch in der Lage, nur die dringenden Ausgaben für kulturelle Zwecke zu bestreiten und dabei das Volk schädlich zu belasten. — Die Konferenz der thüringischen sozialdemokratischen Abgeordneten ersucht deshalb mit aller Entschiedenheit gegen den Reichstag die Aufhebung der herkömmlichen Anleihe, welcher die thüringischen Kleinstädte dem Reich und das Reich dem Reichstag gegenüber. Die erste Finanzreform ist die Beschaffung der Mittel zur Durchführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit im Jahre der Annexion der Reichsgeländer und Durchführung der allgemeinen Einheitssteuer. Die bestehende Anleihe ist durch eine 10 bis 20 Millionen Mark betragende Einheitssteuer zu belagen.

Abgeordneter Bod (Sachsen) sprach jedoch über Nationalität und Staatsangehörigkeit. Hierzu gelangte eine Resolution zur Annahme in der es zur rückgängigen Regelung landesgesetzliche

Erleichterung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit angelehrt werden soll. Die Domänenfrage in den thüringischen Kleinstädten wurde unter Eingehung auf die Meinungsverschiedenheiten vom Abgeordneten Knauer (Sonneberg) erörtert. Ueber „Grund- oder Vermögenssteuer?“ einigte man sich dahin, daß für die Aufhebung der Grundsteuer zu stimmen sei, sofern der Einnahmeausfall durch Steuern, die nur die bestehende Klasse belasten, gedeckt wird. —

Eine freie Konferenz der sozialistischen Frauen New Yorks beschloß sich vor kurzem mit der Stellung unserer Parteigenossinnen zu den bürgerlichen „Suffragetten“, die durch eine formelle Einladung zur Mitarbeit die Veranlassung zu der Konferenz gegeben hatten und auch zahlreich in die Debatte eingriffen. Genossin Meta Stern empfahl als Referentin die Annahme der Einladung und brachte eine auf organisierte Beteiligung an der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung abzielende Resolution ein. Annahme fand eine von Genossin Anita Bloch vertretene Resolution des sozialistischen Land- & Frauenkomitees, wonach die Parteigenossinnen zwar mit der Wahlrechtsforderung der bürgerlichen Frauen sympathisieren, aber doch den Klassenkampf für wichtiger halten und der Ansicht sind, daß das Wirken der sozialistischen Frauen für das Stimmrecht auf unabhängiger und separater Basis durch die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse erfolgen muß. —

Die schwedische Sozialdemokratie im höchsten Norden. In Kiruna, in dem jenseits des Polarzirkels gelegenen schwedischen Bergwerksdistrikt, fanden am Sonntag die Kommunalwahlen statt. Es waren zunächst neun Mitglieder des Kommunalamts zu wählen, das das ausführende und verwaltende Organ der Gemeinde bildet. Hierbei siegte die rein sozialdemokratische Liste mit 79 000 von 658 Wählern abgegebenen Stimmen über die Mandatensliste des bürgerlichen Kartells, für die von 157 Wählern 57 000 Stimmen abgegeben wurden. Es waren nun noch fünf Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder der Gemeindevertretung sowie der Vorsitzende und der Vizevorsitzende des Kommunalamts zu wählen. Da jedoch der bürgerliche Majorität gesehen hatte, daß er trotz des plutokratischen, nach der Steuerleistung abgestuften Wahlrechts nicht zu siegen vermochte, verzichtete er auf Wahlbeteiligung und die für diese Posten aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten wurden dann einfach per Affirmation gewählt. Die Wahlhandlung selbst wurde von einem sozialdemokratischen Volksschullehrer geleitet, der 300 Wähler in der Wählerliste mit 45 000 von 388 Wählern gegen 45 243 von 110 Wählern herrührenden Stimmen gewählt worden war. Dieser Schullehrer Stenung ist auch Vorsitzender in der kommunalen Armenpflege. Die Gemeindeverwaltung Kirunas befindet sich nun in Händen der Sozialdemokratie, was freilich nicht allzuviel bejagen will, da es mit der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht weit her ist. Aber das Wahlergebnis ist auch ein neuer Beweis dafür, daß es nichts als Schwund ist, wenn das schwedische Unternehmertum im In- und Ausland die Meinung zu verbreiten sucht, daß die Arbeiterschaft Schwedens durch den Generalstreik diesen Sommer zersplittert und der Sozialdemokratie abwendig geworden sei. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Ein Blatt für die Gelben der Firma Krupp. Die Firma Krupp gibt von Neujahr an ein wöchentliches Nachrichtenblatt für die Werkangehörigen heraus. Es soll alle Anschläge, Bekanntmachungen, die sonst an den Plakatafeln erscheinen, enthalten; ferner Mitteilungen über Ernennungen, Pensionierungen, Jubiläen usw. Ferner sollen veröffentlicht werden „Sonstige Nachrichten, die für einen größeren Kreis von Werkangehörigen von Interesse sind.“ Diese letzte Wendung läßt darauf schließen, daß aus dem Blatt ein Organ der Gelben gemacht werden soll. Das bisherige Organ des Krupp'schen Bildungsvereins wird dem neuen Nachrichtenblatt als Beilage zugefügt. —

Die Breslauer Tapezierer beschloßen einstimmig, den mit der Regierung abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen. Sie hoffen, daß ein neuer Tarif abgeschlossen werden möge, so ist zu hoffen, daß ein neuer Tarif abgeschlossen wird. Die Breslauer Tapezierer beschloßen ebenfalls einstimmig, den am 28. Februar nächsten Jahres ablaufenden Tarif nicht mehr zu erneuern. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 4. Januar 1910.

Lohnbewegung der Elektromonteur.

Eine stark besuchte Versammlung der Elektromonteur tagte am 2. Januar im Saale des Herrn Lüdtfeld. Gähnen wies in 1 1/2 stündigem Referat nach, daß die Bezahlung der Elektromonteur weit schlechter ist, als die anderer Berufsarbeiter. So werde von der Firma Fleischhauer den Obermonteur ein Stundenlohn von nur 46 und 47 1/2 Pf. gezahlt, während bei Arbeiten in der Werkstatt sogar nur 35 Pf. Verrechnung finden. Bei der Firma Zwirner u. Dorff sei es nicht viel anders. Monteur, die selbständig Montagen auszuführen hatten, seien Stundenlöhne von 45 Pf. gezahlt worden. Die Auslösung lasse alles zu wünschen übrig. Bei auswärtigen Arbeiten erhöhe z. B. die Firma Fleischhauer die Stundenlöhne der nicht leitenden Monteur auf 45 bis 55 Pf. und lasse dafür die Landzulage völlig ausfallen. Der so für auswärtige Arbeiten gezahlte Lohn genüge nicht einmal am Orte und begünstige eine Konkurrenz, deren Kosten von den Angestellten getragen werde.

Die lebhafteste Zustimmung der Anwesenden bestätigte dem Redner, daß er das Richtige getroffen hatte, besonders, als er auf die sogenannte Lehrlingsausbildung hinwies und den Nachweis dafür erbrachte, daß den größten „Schreibern“ nach tüchtigen Monteur die Ausbildung von „Surrogaten“ zur Last zu legen sei. Der manchem Monteur noch anhaftende falsche Stolz müsse abgetan werden, um so mehr, als sich dahinter eine Fülle von Elend verberge. Mit einem warmen Apell, durch engen Zusammenschluß im Metallarbeiterverband die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen in nachdrücklichster Weise zu wahren, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Diskussion war äußerst lebhaft und brachte namentlich denjenigen Rednern die ungeteilte Zustimmung, die der Bejagung der Lohnkonkurrenz durch Schaffung einer angemessenen tariflichen Lohnskala das Wort redeten. Löhne von 20, 25 und 30 Pf. für junge Elektromonteur seien noch zu verzeichnen, während auch die Bezahlung der älteren Monteur den wirtschaftlichen Verhältnissen keineswegs entspreche. Den rückwärtslohen Entlassungen bei Zwirner u. Dorff müsse ebenfalls geteilt werden und solle bei etwaigen Wiederholungen jeder anständige Monteur auf das Arbeitsangebot jener Firma verzichten. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung schritt dann zur Wahl einer Kommission, welche den Auftrag erhielt, eine den Verhältnissen entsprechende Lohnskala auszuarbeiten und diese der nächsten Versammlung, die innerhalb 4 Wochen stattzufinden hat, zur Beschlußfassung vorzulegen. Mit aufmunternden Worten des Vorsitzenden wurde dann die eindrucksvolle Versammlung geschlossen. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 3.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Preussischer Parteitag.

Nachdruck verboten.

C. B. Berlin, 3. Januar 1910.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses am Engelufer hat sozialistischen Schmuck angelegt. Aus Lorbeerbäumen erheben sich die Wippen von Paul Nacy und Ferdinand Lassalle. Eine Inschrift über der Vorstandstribüne enthält die gerade für die Aufgabe dieses Parteitags so bedeutsamen Worte aus dem „Faust“:

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß!

Andere Inschriften mahnen an die Solidarität aller Proletarier. Etwa 200 Delegierte sind erschienen, die Tribünen sind mit Zuhörern überfüllt. Mit Ausnahme von Nebel, der in der Schweiz weilt, ist der deutsche Parteivorstand vollständig erschienen, ebenso die preussische Landtagsfraktion.

Mit lebhaftem Beifall werden die Vorträge der Typographia („Sturm“ von Uthmann und „Sonnenuntergang“ von Conrad) aufgenommen.

Um 9 1/2 Uhr eröffnet im Auftrag der preussischen Parteileitung

Eugen Ernst die Verhandlungen, der gleichzeitig die Versammelten im Namen der Berliner Parteigenossenschaft herzlich willkommen heißt. Bedeutende Aufgaben sind Sie zu lösen berufen. Ueberall ertönt der Ruf nach Freiheit und Brot, überall geht die Sehnsucht nach Licht und Luft. Auch in Preußen will die Arbeiterschaft nicht länger sich entzweigen lassen. In dieser Zeit des Rammonns tritt einzig und allein noch die Arbeiterklasse für politische Ideale ein. Gegenüber dem übermächtigen Proletariat der Junker und der Bourgeois auf ihre Macht haben wir die heilige Pflicht, in den Herzen der Arbeiter

Trost und Zorn über ihre Rechtlosigkeit

zu erwecken. Wäre die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft bewußt, so wäre keine Macht der Erde imstande, ihr zu widerstehen. Parteigenossen! Sie sind in erster Linie berufen, den Kampf gegen das festeste Bollwerk der Reaktion, gegen das verworrene Wahlsystem in Preußen, aufzunehmen. Wir müssen alles daran setzen, diesen finsternen Staat zu demokratisieren, Preußen in die Reihe der Kulturländer zu drängen. Denken wir an das Wort Heinrich Heines: „Wer das Lösungswort der Zukunft kennt, gegen den vermögen die Schächer der Gegenwart sehr wenig.“ Das Lösungswort wird sein: „Wer mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!“ Unsere Väter hatten es bereits erungen, und wir wollen es als unüberwindliches Gut wiedererlangen. (Bravol!) Zum erstenmal nimmt an den Beratungen eines preussischen Parteitags auch eine sozialdemokratische Landtagsfraktion teil, deren Bericht der Parteitag entgegennehmen wird. Reichliche Arbeit steht bevor, aber die Delegierten werden in allgemeiner Gewissenhaftigkeit diese Arbeit bewältigen. Die Berliner Parteigenossenschaft wird es sich zur Ehre rechnen, Ihnen die freie Zeit so angenehm wie möglich zu gestalten. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf werden zu Vorsitzenden gewählt Singer (Berlin) und Hudolph (Frankfurt a. M.).

Singer: Zugleich im Namen des Genossen Hudolph danke ich für die Ehre, die Sie uns mit der Vernunft zur Leitung der Geschäfte dieses Parteitags erweisen. Die preussische Sozialdemokratie wird mit Unterstützung der deutschen Gesamtpartei das große Ziel erreichen, die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und darüber hinaus die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle mindestens 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. (Lebh. Beif.) Daß der Kampf für das Wahlrecht mit aller Energie geführt werden wird, dafür bürgt die Vergangenheit der Sozialdemokratie. Die Augen der arbeitenden Klasse der ganzen Welt sind auf diesen unsern Kampf gerichtet. Darum müssen wir mit verdoppelter Anstrengung für die Erreichung unsers großen Zieles kämpfen. Wir treten ein in die Beratung des Parteitags mit dem Unüberwindlichen

Schwur, nicht zu ruhen und zu rasten.

bis das Ziel erreicht ist, von dem aus erst die Befreiung des preussischen Proletariats erfolgen kann. Nieder mit der preussischen Reaktion! Soll das Lösungswort sein, mit dem wir siegesstolz in den Kampf ziehen. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht des geschäftsführenden Ausschusses

erstattet Eugen Ernst (Berlin): Der diesmalige Bericht ist infolge der Landtags- und Stadterordnetenwahlen und verschiedener Krankheitsfälle etwas verspätet an die Öffentlichkeit getreten. In Zukunft wird Vorkehrung getroffen werden, daß eine solche Verspätung nicht wieder vorkommt. Zwei Jahre des Kampfes liegen hinter uns. Ohne Ruhmredigkeit können wir sagen, daß die Opfer nicht umsonst gebracht sind. Wohl ist unser Ziel noch längst nicht erreicht, aber wir haben doch sechs Mandate im preussischen Landtag errungen. Gewiß eine kleine Zahl, aber sie gibt doch Gelegenheit, von der Tribüne des Dreiklassenhauses der Regierung die Anlagen des Volkes ins Gesicht zu schleudern. Die Landeskommission hat als vornehmste Aufgabe die Propagierung der Wahlrechtsfrage übertragen erhalten. Wir glauben, an der Lösung dieser Frage nach besten Kräften gewirkt zu haben. Die hier und da zutage getretene Mißstimmung sehen wir auf die Rechnung an sich berechtigter Ungehörigkeit, die nur zu leicht dazu neigt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen. Die Schwierigkeiten sind groß. Aber sie sollen uns nur anreizen, alle Kräfte einzusetzen. (Sehr richtig!) Sofort nach dem letzten Parteitag ist die Landeskommission zusammengetreten. Am 9. Januar 1908 fanden in ganz Preußen Wahlrechtsversammlungen statt, die begeistert verliefen. 441 Telegramme mit der dringenden Forderung des allgemeinen Wahlrechts gingen beim Bureau des Landtags ein. Am 10. Januar demonstrierten die Genossen und Genossinnen Berlins vor dem preussischen Landtag und erinnerten an die Forderung des Wahlrechts. Dann kam der

rote Wahlrechtsfontag mit Demonstrationen

wie sie Preußen noch nicht gesehen. Es war das Grollen eines Vulkanes, das den herrschenden Klassen zu denken geben sollte. Die Bourgeoisie aber stand abseits, und statt die Wahlrechtskämpfer zu unterstützen, verleumdete sie sie. Die Junker aber beschworen den Schatten des seligen Feßendorf, und Justizminister Bessler erklärte demüthig, dem Rufe des Junkers Brandenstein nach vermehrter Tätigkeit der Staatsanwälte nachkommen zu wollen. Das ist Preußen, wie es lebt und leidet: Polizei, Soldaten, Staatsanwälte statt Volksrechte. Während der Zeit des Kampfes um das Reichsvereinsgesetz wurde von Demonstrationen und Demonstrationen abgesehen. Bei den Versammlungen zur Feier der 60jährigen Wiederkehr des 18. März wurde die Wahlrechtsfrage ausgiebig behandelt, aber Demonstrationen schloffen sich nicht an. Zugleich unternahm die Landeskommission Schritte für die Wahlen im Sommer. Am 15. April 1908 wurden die Grundzüge für die bei der Wahl zu befolgende Taktik veröffentlicht. Selbstredend mußten sie sich mit den Beschlüssen des Berliner Parteitags decken. Über die Beschlüsse der Landeskommission von 1908 wurden wesentlich, verschärft angefaßt der schmachvollen Blockpolitik der Freimüthigen. Mit solchen Gegnern kann man keine Wahlkompromisse schließen. Die Landeskommission traf alle in ihren Kräften stehenden Vorbereitungen für die Wahl. Inse Genossen schlugen sich mit bewundernswürdiger Hingabe. Daß wir bei unsern

600 000 Stimmen nur 7 Mandate

erhalten, ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Reaktion, mit 419 000 Wählern 212 Mandate zu erhalten (Hört, hört!), ist ein neuer Beweis für die Nichtswürdigkeit dieses Wahlsystems. Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieser Zahlen abschwächen. Wer nicht voll Empörung gegen solches Wahlrecht ankämpft, stempelt sich selbst zum Heloten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Leute, die gewohnheitsmäßigen Terrorismus treiben, die Bourgeoisie, feig nach oben und brutal nach unten, stets bereit zu gewalttätigen Ausperrungen, diese ganze Gesellschaft wirkt uns Terrorismus und vergiftete Waffen vor. Man bleibe uns vom Leibe mit solchen Phrasen. Das ganze Wahlsystem ist eine vergiftete Waffe. Wir befinden uns in der Nothwehr. Wir haben das Recht nicht nur, sondern die Pflicht, diese Bestie von Wahlschäften Zeit zu Protektion gegen die ihren Lebensnerv treffende Gewerbeordnungsnothwehr zu lassen, und um die Macht der Abwehrbewegung gegen das famose Steuerbrot und zu schwächen, wurde eine Zeitlang die Wahlrechtsfrage zurückgestellt, aber der Tag der Erfüllung des Landtags wurde benutzt, aufs neue die Aufmerksamkeit auf das Wahlrecht zu richten. Es fanden gut besuchte Versammlungen statt, und Parteileitung und Landtags-

fraktion veröffentlichten einen gemeinsamen programmatischen Aufruf. An der Städteordnungsfeier haben wir nicht teilgenommen. Die Städteordnung bedeutete zu ihrer Zeit einen Fortschritt; aber in einer Zeit, in der man die letzten Ueberbleibsel der Selbstständigkeit der Kommunen zu untergraben trachtete, hat die Sozialdemokratie keine Veranlassung, zusammen mit den Selbstverwaltungsfeinden Feste zu feiern. Am 24. Januar, am Tage vor der Verhandlung der Wahlrechtsfrage im Landtag, fanden in Berlin Versammlungen und Demonstrationen statt. Am 31. Januar feierte das Volk in zahlreichen Städten Preußens mit Demonstrationen für das preussische Wahlrecht den

60. Geburtstag der Dreiklassenwahl.

Die Thronrede von 1908 hat die organische Fortentwicklung des Wahlrechts versprochen. Das Volk aber protestiert gegen jede Fiktion und verlangt staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Die ganze Unerklichkeit der preussischen Junker bemächtigt sich in den Reden der Oldenburg und Genossen, welche offen den Wortbruch des Königs fordern. Wie auch die Mißgeburt eines Wahlgesezes aussehen mag, wir werden den Kampf rücksichtslos aufnehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Am 9. Mai kassierte die Mehrheit des Landtags unter schmachtvoller Teilnahme der Freimüthigen vier sozialdemokratische Mandate in Berlin. Wir verloren wohl ein Mandat, aber steigerten bedeutend unsere Stimmzahl. Wir können jene drei behaupteten Mandate nunmehr als unentzerrbaren Besitz der Sozialdemokratie betrachten. Im Parteitag ist es, zu bestimmen, ob die alten Mittel ausreichen oder neue hinzuzufügen sind. Ueber das Ziel sind wir uns ja alle einig. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis wir unser Gelübnis, das freie Wahlrecht zu erringen, in die Tat umgesetzt haben. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion über den Bericht wird auf Anregung Singers der Antrag 3, der ein früheres Erscheinen der Berichte zum Preuentag verlangt, mit zur Debatte gestellt.

Wichtig (Frankfurt a. M.) bittet um einstimmige Annahme dieses Antrags.

Klühs (Magdeburg): Die Verspätung des Berichts dürfte auch mit Organisationsfehlern zusammenhängen. Vielleicht empfiehlt sich doch ein besonderer preussischer Landesausschuß. Die drei Berliner Genossen, die die Aktion leiten, sind zu sehr überlastet. Es empfiehlt sich wohl, hier den Antrag 16 mit zu verhandeln, wonach wichtige Verhandlungen beider Häuser des Landtags nach stenographischen Berichten als Agitationsmaterial herausgegeben werden sollen.

Vorsitzender Singer: Der Antrag wird besser unter Agitationen behandelt. Ich werde aber nicht beanstanden, wenn schon hier darauf eingegangen wird.

Klühs (fortfahrend) empfiehlt den genannten Antrag zur Annahme. Der Kostpunkt darf dabei keine zu große Rolle spielen. Ich möchte anregen, daß die Landeskommission sich mit dem Zentralbildungsausschuß in Verbindung setzt, um in die Reihe der Vortragskurse auch Vorträge über die preussische Verwaltung und Verfassung aufzunehmen. Es muß mehr Information über spezifisch preussische Angelegenheiten verbreitet werden, denn tatsächlich ist Preußen heute ein Ausland für viele Parteigenossen.

Schölich (Breslau): Die Berichterstattung ist teilweise unvollständig. Aber der geschäftsführende Ausschuss ist allein nicht imstande, mehr zu leisten. Wir werden zurückkommen müssen auf den Vorschlag eines eignen Vorstandes für Preußen. Der deutsche Parteivorstand wie der preussische Ausschuss sind überlastet. Ob es unbedingt nötig war, wegen der Vorgänge in der Reichsgesetzgebung eine Pause in der preussischen Wahlrechtsbewegung einzutreten zu lassen, möchte ich bezweifeln. Redner beantwortet den Antrag 18 auf Errichtung einer Zentralkommission für die Bekämpfung rechtswidriger Maßregeln der Verwaltungsbehörden und kündigt einen Antrag auf Einsetzung eines besonderen preussischen Parteivorstandes an. Differenzen zwischen dem deutschen und dem preussischen Parteivorstand werden sich bei gutem Willen durchaus vermeiden lassen. Unser deutscher Parteivorstand ist doch sehr beträchtlich. Er kann ja auch sich und Stimme in dem neuen Vorstand erhalten. 1908 ist gewiß alles in der preussischen Wahlrechtsbewegung geschehen, was geschehen konnte, aber daß das Jahr 1909 so ganz unpreussisch war, hat uns nicht gefallen.

Damit schließt die Diskussion.

Stadt-Theater.

Magdeburg, 3. Januar 1910.

Die Agrarier, Schauspiel in 4 Akten von William Schirmer.

Der Bauerngutsbesitzer Heinrich Mathies hat die Kinder seiner zweiten Ehe auf die „hohe Schule“ geschickt und ist dadurch in Schulden geraten. Sein Stolz, der Herrmann, steht kurz vor der Befristung als Inhaber des gut dotierten heimathlichen Pfarramts, als dem Vater anscheinend die Schuldenwasser bis zum Anie reichen und er auf die Lokung des Moritz Kay beschließt, das Gut zu verkaufen. Noch eine zweite Erwägung spricht für den Verkauf. Kurt, der älteste Sohn aus erster Ehe, hat sich mit Marie, der Tochter des Mathies'schen Hofverwalters, verheiratet; er muß sie heiraten und kann das Gut nicht übernehmen, weil sie ihm nichts zubringt. So meint wenigstens Heinrich Mathies und meint sie alle. In Wahrheit hat sich Herrmann, der Pfarrer, mit Marie eingelassen. Er sieht sich seinen Stiefbruder Kurt als Sünder vor, da sonst die Befristung des Pfarramts ausbleiben würde. Er deckt die Lüge auch dann nicht auf, als er sieht, daß sein Schweigen den Verlust der heimathlichen Scholle herbeiführt. Erst nachdem sein Vater sich von einigen nicht einmal pfiffigen Handelsleuten gehörig hat einseifen lassen, erst nachdem das letzte Stück Acker verkauft und die letzte Kuh losgeschlagen ist, tritt er mit dem Bekenntnis hervor und nimmt damit zu spät dem Vater die letzte Hoffnung. Was wäre verloren, die Familie beinahe an den Bettelstab gebracht, wenn nicht Trude, die Tochter eines Nachbarn, für ihren heimlich geliebten Kurt die heissen Länderien aufgekauft und ihm als Morgengabe für die Ehe in die Waschküchler legen würde. Herrmann und Marie gehen ins Ausland, Kurt und Trude werden sich mit Hilfe der polnischen Arbeiter auf altem Grund ein neues Glück pflügen. Zwei Paare verbeugen sich zum Schluss. Uff! Endlich hat's ein Ende.

Denn langsam haben sich Kopfschmerzen beim Zuschauer eingenistet. Man fühlt sich verpflichtet, den Geheimgängen des Autors nachzuspüren und herauszubringen, was er mit seinen 4 Akten beabsichtigt. Nachdem der Vorhang zum letztenmal gefallen, stellt man das nutzlose Beginnen endlich ein. Man erkennt deutlich, daß der Verfasser selbst nicht genügt hat, was er wollte, und daß es daher unmöglich ist, ihm eine Abicht aufzudecken, die nicht vorhanden war. Möglich, wahrscheinlich sogar, daß er einige Wochen auf dem Lande in Lüneburg gelebt hat; die Eindrücke hat er in dialogisierter Form zu Papier gebracht, drei Einschnitte gemacht und die 4 Akte waren fertig.

Wie das so geht, wenn man etwas Unbekanntes oberflächlich kennen lernt: die Eindrücke verwickeln sich und fließen ineinander.

über. Jedem Einzelnem steht ein Anderer gegenüber. Wer soll da so schnell Partei ergreifen können? William Schirmer ist für Fortschritt und Bildung, aber gegen den Schulbesuch der Kinder. Er ist für feine Lebensart und gute Sitte, aber gegen die bessere Pöbellichkeit der Rimmer. Er ist für die auskömmliche Existenz der Bauerngutsbesitzer, aber gegen die Ueberladung der Gutsarbeiter und Mägde. Er ist für die Erhaltung der deutschen Scholle, aber gegen die Verdängung der polnischen Wanderer. Nur für eines ist William Schirmer unbedingt und unangehängelt: für die Weidewirtschaft und die Geranbildung eines zufriedenen Hindviehschlagens. Moritz Kay sagt es und findet keinen Widerspruch, und Moritz Kay muß es wissen.

Wenn die Darsteller nicht mit aller Kraft angetreten wären, würde die erste Schauspielrevue des neuen Jahres wohl eine Niederlage gebracht haben. So wurde ein sogenannter Erfolg daraus; das heißt ein Teil des Publikums hat sich die bedauerlichen Darsteller einigemal heraus. Den besten Eindruck machte Ernst Baum, der auch die Regie führte, in der nicht übel gesehener Rolle des Großvaters Mathies, der auf dem Altenteil sitzt und wie eine Ombant mit verkauft wird. Außer ihm konnten sich noch Marga Kuhn als Trude und Gustav Ross als deren Vater vornehmen behaupten. In diesen Rollen steden doch noch einige menschliche Züge, die von den Darstellern fest und klar hingeworfen wurden. Dann aber war's Schluß. Die übrigen Kräfte quälten sich mit Puppen aus Holzpapier herum, denen kein blutwarmes Leben einzubringen war und die zumeist noch an einem Bruch des Nackgrats liden. Es sind da zu nennen in der Reihenfolge des Zettels: Hugo Andreesen, Marie Güler, Max Sehe, Ilse Berta, Wenzel Hoffmann, Henriette Berg, Oskar Kummert, Kurt Radde und Paul Gerll.

Weshalb das Stück „Die Agrarier“ heißt, wird wohl das Geheimnis des Autors bleiben. Nach meiner Ansicht könnte es mit demselben Rechte „Die königlichen Kaufleute“ oder „Die Kesselflicker“ genannt werden.

Genkünstler-Verein.

Magdeburg, 3. Januar.

Fünfter Kammermusikabend. Als erste Gabe im neuen Jahre begrüßten wir einen alten Bekannten: Opus 95 von Beethoven, das Streichquartett Nr. 11 in F-Moll. Das Quartett war des Grusses wert. Es wurde nicht übel gespielt, wenn schon im Larghetto-Satz etwas mehr Energie aufgewendet werden dürfte. Der Allegro-Schluss blieb noch immer ein Allegretto. Den Schluss des Programms bildete Haydns „Kaiserquartett“, welches seinen Namen daher hat, daß im ersten Mittelsatz die Melodie „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ musikalisch zu Unrecht und auch sonst

unmotiviert aufgenommen worden ist. Das Quartett ist ohne diesen Satz ein Wunderschöner-Produkt und würde wohl kaum Beachtung finden; denn es ragt kaum über dem Durchschnitt hervor. Aber die Kaisermelodie, die von Haydn, soweit es das Streichquartett zuläßt, polyphon behandelt ist, entzieht das ganze Werk der Vergessenheit. Es muß mit der leichtesten Handhaken Auffassung gespielt werden, mehr getrippelt als geschritten, mehr zierlich als majestätisch. Und in dieser Beziehung werden die Quartettkünstler Koch, Thiele, Dieke und Petersen mit Ausnahme dieses letzten noch zu lernen haben.

Als Gesangs Solistin war Margarete Knauft gewonnen worden. Schon bei Gelegenheit ihres Niederabends Ende Oktober war ich in der Lage, Organ und Vortrag zu loben. Die Künstlerin ist heute wohl die einzige Liedersängerin in Magdeburg, die auf achtunggebietendes Können und Zuerlichkeit im Vortrag hinweisen kann. Sie sang Brahms, und zwar einige Lieder mit sich steigendem Ausbruch. In der Zugabe „Rainacht“ stand ihre Kunst am höchsten.

Die zweite Solistin war Marie Delle, soweit ich orientiert bin, eine Schülerin von Prof. Kaufmann. Auch sie gab Brahms, aber nicht in der Abgefälligkeit wie Margarete Knauft, sondern mehr stimmungsvoll gefangen, was sich besonders in der G-Moll-Vallade zeigte. Dem unbedeutenden Intermezzo aus Opus 116 folgte das Scherzo, das der Nummer nach zu den ersten Werken Brahms' gehört, dem reichen Inhalt nach aber zu den besten. Es war auch der Solistin Bestes und bewies Talent.

Aus meiner Kindheit.

Von Friedrich Spielhagen.*)

Ueber achtzig Jahre sein und sich in sein frühe und früheste Kindheit zu erinnern, ist immerhin eine Aufgabe, die manchem schwerfallen dürfte. Mir wird sie selbstam leicht. Ich bin in meinem sechsten Jahre in eine fremde Stadt und damit in ganz andre Verhältnisse gekommen. Von Magdeburg zogen wir nach Stralsund. So ist meine Kindheit durch zwei scharfe Striche getrennt.

Freilich, ich muß ein frühestes Kind gewesen sein oder meine Eltern hätten gewiß nicht die Unvorsichtigkeit gehabt, mich bereits mit vier Jahren — noch in der Magdeburger Zeit —

*) Die Feder Spielhagens hat seit 10 Jahren geruht. Weber das Drängen seines Verlegers noch die Bitten seiner Angehörigen vermochten den Dichter zum Schreiben zu bewegen. Nun erhebt er in seinem 82. Lebensjahr noch einmal seine Stimme, um von den fernem Tagen seiner frühesten Jugend zu erzählen. Red.

Das Schlußwort erhält Berichterstatter Eugen Ernst: Die an uns geleitete Kritik ist ja sehr gnädig ausgefallen. Eine Organisationsfrage für Preußen bedeutet Extrabeiträge. Ich möchte zu bedenken geben, ob unsere Parteigenossen eine Mehrbelastung auf sich zu nehmen gewillt sind. Dem Wunsch, mit dem Bildungsausschuß über Vorträge aus dem Gebiete der preussischen Verfassung und Verwaltung zu verhandeln, werden wir wohl in kurzer Zeit nachkommen. Die Frage der preussischen Verwaltung steht ja auch auf unserer diesmahligen Tagesordnung. Man soll doch nicht immer nach der Landbesonnenheit rufen und mehr Wert auf die Initiative der Einzelorganisationen legen. Preussische Bürokratismus wollen wir doch nicht bei uns einführen. (Geisterzeit.) Zur Zeit der Protestbewegung gegen das Steuerbillet mußte die Wahlrechtfrage zeitweilig zurücktreten. Antrag 3 auf früheres Erscheinen der Berichte wird angenommen.

Es folgt der Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Berichterstatter Heimann: Heute wird wohl niemand in der Partei den Versuch des Mainzer Parteitag über die Aufstellung eigener Wahlmänner wieder aufheben wollen. Preußen, im steigenden Maße ein Industriestaat, steht in der Zwangslage eines ausgeprägten agrarischen Wahlsystems. Die Massen der Parteigenossen hatten sich mit preussischen Angelegenheiten wenig beschäftigt, als die Partei 1903 zum erstenmal in den preussischen Wahlkampf eintrat. Ein Berliner Scharfmacherorgan sprach von der Notwendigkeit, uns eine vernichtende Niederlage beizubringen, um uns die Teilnahme für immer zu verkleinern. Die Gegner kennen eben immer noch nicht den unverwundlichen Optimismus, der alle Glieder unserer Partei durchdringt. 1903 handelte es sich zunächst weit weniger um die Erringung eigener Mandate, als um die Aufklärung der Massen über die Dreiklassenwahlrecht. Ueberrasschend schnell hat der Samen, den wir damals ausgestreut, Früchte getragen. Unsere Beteiligung zwang die Regierung zu zwei Gesetzentwürfen, die zwar nicht das System änderten, aber gewisse schroffe Auswüchse beseitigten. Es gelang uns 1908 in Berlin sechs und in Hannover ein Mandat zu erringen. Allerdings haben bis jetzt niemals sieben Sozialdemokraten gleichzeitig im preussischen Landtag, weil, als Genosse Viehbeck in die preussische Freiheit zurückkehrte, bereits vier Mandate in Berlin fassiert waren. Unsere Genossen wissen, daß unsere Partei nach der Stimmzahl nicht 6, sondern 105 Mandate im preussischen Abgeordnetenhaus haben müßte.

Neben dem Bericht der deutschen Reichstagsfraktion muß sich der Bericht der preussischen Landtagsfraktion naturgemäß ununterschiedlich ausnehmen. Aber blüht man hier, so erkennt man, daß die Früchte an Baum der Reichstagsfraktion ihre Wurzeln in der sogenannten Volksvertretung Preußens haben. Die Junkerberrschaft über Deutschland ist verankert in der Junkerberrschaft über Preußen. Ueber Mangel an Arbeitsloft konnten wir uns im preussischen Landtag nicht beklagen. Naturgemäß hemmt unsere geringe Anzahl unsere Aktionsfähigkeit. Wir haben nur 6 Sitze, während zur Stellung von Anträgen 15, zur Erbringung von Interpellationen 30 Unterzeichner notwendig sind. So mußten wir uns mit Abänderungsvorschlägen zu gestellten Anträgen begnügen. Immerhin ließ man uns durchweg zu Worte kommen, aber gewöhnlich nur als letzten in der ersten Redeperiode. Wollten wir uns gegen die Angriffe der zweiten Redeperiode wenden, dann lautete gewöhnlich die Guillotine des Debattenschlusses herab. Doch wollen wir ein paar Ausnahmen von dieser Regel anerkennen. Ueber die einzelnen Verhandlungsgegenstände verweise ich auf den gedruckten Bericht. Nur noch ein paar Bemerkungen: Die Verhandlungen fanden noch im Zeichen der Blodära. Am Anfang waren die Schlangenwindungen der Freijünglinge, um weder allzuhoch gegen ihre freijünglichen Mägen noch gegen die starken Blodbrüder von rechts zu verstoßen. Herr Fickel freilich wird als überwinden Genossin aus der kurzen Blodherrlichkeit die eigene Erziehung bewahren, daß die Rechte ihm zugehört hat wie noch keinem Junker. (Große Geisterzeit.) Leider ist es uns trotz erheblicher Zunahme der Stimmen nicht gelungen, Mobilit zu behaupten. Niemand bebaut mehr als wir in unserer kleinen Fraktion, daß Genosse Adolf Hoffmann nicht mehr unser Mitglied ist. Das weilt verbreitete liberale Organ hat die gegen uns gerichtete freijüngliche Aktion als den Akt des schlimmsten parlamentarischen Terrorismus bezeichnet. (Sehr richtig!) Auch daß unsere Anträge anlässlich der Freijünglichkeit des Genossen Viehbeck glatt abgelehnt wurden, war nur im preussischen Parlament möglich. (Sehr richtig.) Bei den Beschlüssen der Freijünglinge hat man das Prinzip befolgt, dem zu geben, der da hat. (Sehr richtig.) Und dann wagen die Junker noch von der Färjorge des preussischen Staates für den unteren Beamten zu sprechen.

in die Schule zu schicken, eine Altschule allerdings, deren mütterlichen Gedächtnis ich noch heute verweile.

Im Jahr später kam ich bereits in die sogenannte Vorbereitungsschule, die eine lächerliche Erzählung von meinem elterlichen Hause enthielt. Ich mußte auf dem Wege zur Schule verschiedene Straßen passieren, die durch einen Teil der Stadt gezogen waren und mit einem häßlichen Schwindel erzeugten, so wenig hier sie auch sein mochten.

Ich kann nicht ohne Stolz gewesen sein; jedenfalls erinnere ich mich, daß ich dem Vater, meinem alten Meister, den Befehl gab, auf dem Wege zur Schule nicht neben mir zu gehen, sondern hinter mir zu gehen. Das mag sich nicht ausgenommen haben, denn das Wüßchen, das vor ihm ging, war mit einem Banner besetzt, dem ich hinterher ausgereicht, der lange grünliche Zierengel, wie sie damals Mode waren.

Man wird mir wohl nach dem Mitgeteilten glauben, daß ich noch heute die genaueste Vorstellung habe von dem kleinen Garten, der hinter unserem Hause lag; von dem Zierengel, das zu ihm hinauf führte; von dem Hühnerhof hinter dem Garten; von einem Bäume, der in dem Nachbargarten stand und der ein feurige Wolken bis hinter den Garten wuchsen. Aber nicht nur das, sondern auch die genaue Erinnerung an die Blumen, die im Garten wuchsen mit ihrem süßen Duft, der mich als in meine Traumwelt versetzte und mich ein halbes Jahrhundert später zu einem Gedächtnis bezauberte, das mir nach dem von Erinnerung weggenante ist. Ich könnte mit diesen Erinnerungen noch längere Zeit fortfahren, aber ich muß mich fürchten, meine Leser zu ermüden.

Und nun kommt der große Abschied in meiner Kindheit, der mit der Verlegung meines Vaters von Weizelberg nach Stralsund zusammenfällt.

Eine so lange Reise, die in der Mitte der vierziger Jahre, gelegt wurde, nahm eine Zeit in Anspruch, die uns heute fast ein halbes Jahrhundert wüßte, und die heute so lang, als unsere Wege bei Verwandten und Fremden wüßte, hat gemacht wurde. Ich habe damals mit meiner Erinnerung den ersten Blick in Berlin hineingebracht, dessen Vorwärtigkeit der noch dem ich vor meiner Seele steht. Und nun weiter und weiter die unendlichen Landstrassen nach Stralsund hinat. Und da steht sie nun, die alte Stadt an Ostsee, um ihren ganzen Schmuck, die in das Abendrot leuchtet, und die nun für Jahre die Stadt unserer Jugend sein sollte. Der Vater in einem grauen Mantel wandelt über den Sandweg des Bogens und seine Schritte erzog mir das Gewimmel der Straßen, die vor mir in die ganze Seite hineingegen.

Ueber die Aufführung der Pferde auf die Seiten der Zugbrücke, ein enges Tor, und wir waren am Ende unserer Reise.

Sollten Sie mich hier überlegen; denn von diesen Erinnerungen ist fange für mich in jeder Beziehung eine neue Welt an, und die Lage der Vorburg, der über meiner ersten Jugend nach und dessen Schicksal ist kaum geklärt habe, wieder fallen.

Sollte ich nicht über der andern meiner Leser für die dortige Interessenten, so bitte ich ihn, diese in meiner Sprache zu lesen.

(Geisterzeit.) Nur in den allerwenigsten Fällen haben unsere Anträge zugunsten der Unterbeamten Erfolg gehabt. Offen ließ man durchblicken, daß die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nicht gewert werden dürfte, aus denen die unteren Beamten sich rekrutieren. Im deutlichen Reichstage mit seinem demokratischen Wahlrecht wagen es die Konservativen nicht, ihre Feindseligkeit gegen die unteren Beamten so offen zur Schau zu tragen. Die Sprache auf den Beamtenversammlungen und Versammlungen ist ja dann auch so scharf gewesen, wie man sie von preussischen Beamten nicht gewöhnt war und hat die Regierung und beide Häuser des Reichsparlamentes in Wut versetzt. Aber die Kampfesstimmung vom Frühling flaute schon im Sommer ab, und freisinnige Volksschullehrer ergingen sich in ekelhafter Ohyaninerei. (Sehr wahr!) Und wird aber diese Kriecherei nicht abhalten, auch fürderhin nach jeder Richtung für den unteren Beamten einzutreten. Die Lehrer sind immerhin besser abgenommen als die unteren Beamten. Aber die Landflucht der Lehrer wird nicht aufhören. Dafür sorgen schon die erbärmlichen Wohnungen und die erbärmlichen Schulräume, die unwürdige gedrückte soziale Lage der Landlehrer. Unser Redner hat nicht verfehlt, den Zustand der Volksschule im gezeigten Preußen geschildert zu beleuchten. Sehr augenblühende Taten hatte das Dreiklassenhaus gegenüber der Geistesfreiheit. Wir lehnen grundsätzlich die Verwendung öffentlicher Gelder zugunsten der Kirche ab, und glauben übrigens, daß diese Ablehnung im wohlverstandenen Interesse der Kirche selbst liegt. Bei der Debatte über diesen Punkt war es, daß der Präsident und das Haus sich unter Mißachtung der allgewöhnlichsten parlamentarischen Anstandsregeln die empörende Mundstümmung unfreier Fraktionsredner bei der ersten Lesung leisteten. Bei der zweiten Lesung wurde der Gewaltstreik wiederholt. Aber bei der dritten Lesung wagte man es doch nicht, die Dinge auf die Spitze zu treiben, und ließ unsere Fraktionsredner sagen, was zu sagen war.

Die Besoldungsvorlagen erforderten einen Mehraufwand von 126 Millionen. Wir haben alles getan um

den unteren Steuerstufen Erleichterung

zu verschaffen. Es gelang uns auch, das Kinderprivileg auszubehnen. Die Unterstützung seitens des Freisinnigen war eine mehr als schwächliche. Vor dem Willen ihrer konservativen Blodbrüder, die ihnen doch eigentlich schon gekündigt hatten, miedte der Mannesmut des Dr. Wiemer zusammen. Sie jagten schließlich ja und Amen zum Verlangen der Konservativen, die Zuschläge schon von 1200 Mark an beginnen zu lassen. So verdienten die Freisinnigen reichlich das Lob des Wohlverhaltens, das konservativ Redner ihnen spendeten. Bei der Abänderung des Stempelsteuerartikels trat die agrarische Brutalität mit einer selbst in Preußen noch nicht erlebten Offenheit hervor. Während der Stempel selbst auf die kleinsten Metzen erhöht wurde, drückte man den Jagdstempel auf ein Zwanzigstel der Regierungsforderung herab (lebhafter Entrüstungsruuf) und erklärte die Frage der Fideikommisssteuer für noch nicht spruchreif. (Hört, hört!) Das preussische Vergesetz wurde bekanntlich aus Anlaß des jüdischen Radboder Grubenunglücks eingebracht. Der Hauptzweck der ganzen Aktion war die Verhinderung eines Reichsberggesetzes. Selbst ein so reaktionärer Mann wie Herr Schmolzer meinte im Herrenhause, die Vorlage sei ja von lauter Sicherheitsmännern der Grubenherren gemacht. In der Staatsberatung war es unsere Aufgabe, im Gegensatz zu allen anderen Parteien grundsätzliche Kritik zu üben. Das Ministerium herührt der Herrscher, die Herrschaft des Groß- und Kleinaldes zu bekämpfen, läßt aufgegeben, und sucht hinter dem Rücken des Junkertums Schutz vor dem Ansturm der Arbeiter. In allen Ministerien herrscht der Herrscher, ganz besonders aber im Ministerium des Innern und des Kultus. Die Landräte sind der Fels, auf dem die konservativ-agrarische Macht in Preußen ruht. Ohne Erschütterung des Landratsystems ist jeder Versuch der Abminderung des politischen Systems in Preußen von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die geplante Reform der inneren Verwaltung bedeutet nur die Ausdehnung der Landratsmacht. Vom Freisinn ist nichts zu erwarten, die Zeiten Waldredes sind längst vorüber und der Freisinn nimmt mit den übrigen bürgerlichen Parteien unsere Anträge auf Streichung der

Gefeiufonds der polnischen Polizei

nieder. Selbstredend war im Hause der Junker und Pfaffen auf eine Zustimmung der herrschenden Parteien zu unserer Anregung, das Unterrechtswesen von der Kultusverwaltung zu trennen, nicht zu rechnen; ebensowenig auf eine Stellungnahme gegen die rechtswidrige Ausschließung der Sozialdemokraten aus städtischen Schuldeputationen. Der Herr von Jedlich erwiderte sich sogar nicht, das Verlangen der Zugehörigkeit von Sozialdemokraten zur Schuldeputation als Wunsch der Eindringler, zu Kaiserbeamten ernannt zu werden, zu bezeichnen. (Sehr, hört, hört! und leb, Pfitze!) Solche Worte sollten doch auch den indifferentesten Arbeiter aufstacheln. Der Etat des Landwirtschaftsministeriums gab uns Gelegenheit, die kolossale Bevorzugung nachzumerken, die die Großgrundbesitzer

meiner Jugendzeit und weiter aus „Finder und Erfinder“ nachlassen zu wollen.

Kleines Feuilleton.

* Moderne Künstlerhorare. Aus Paris wird berichtet: Nach die das Jubiläum Gelegenheit gehabt hat, höchst neues Werk, den vielgerühmten „Chantecler“, kennen zu lernen, hat der Dichter bereits mit seiner Schöpfung ein Vermögen verdient. Man weiß, daß die Aufführungen des Opern- und Theater-Theaters dem Verfasser bei der Annahme Vorzüge ausgezahlt haben, die mehrere hunderttausend Franc betragen. Der Verfasser Josephine hat ebenfalls mehrere hunderttausend Franc für das Recht bezahlt, das nämliche Dichtung in Buchform veröffentlicht zu dürfen. Was der „Chantecler“ zu berichten weiß, ist vor kurzem der Leiter einer großen französischen Wochenzeitung an Richard mit dem Antrag herangegangen, ihm gegen ein gewisses Honorar die Herausgabe einer illustrierten Ausgabe der berühmtesten Tierkämpfe zu überlassen. Ein zweiter Vorleger, der Direktor der „Illustration“, hat sich ebenfalls von diesem Antrag und hat Richard den Vorschlag gemacht, ihm gegen 100.000 Franc Honorar die Herausgabe einer illustrierten Gesamtausgabe aller Werke Richard zu übertragen, den „Chantecler“ eingeschlossen. Aber der verdammteste Dichter hat es nicht eilig, er läßt sich Zeit, und der Vertrag ist noch nicht unterschrieben. Mit diesen fabelhaften Honorarangeboten kann sich nur noch Caruso messen, der es sich jetzt leisten kann, einen Antrag abzuschlagen, der ihm um fünfzigtausend Franc mehr eine halbe Million eingetragen hätte. Der amerikanische Journalist Harry Richards hat Caruso eine Menge Töne in Kapiteln vorgelesen und dem berühmtesten Tenor 500.000 Franc für den Abend geboten. Caruso aber lehnte ab mit der Begründung, daß seine Tätigkeit in Amerika und Europa ihm nur einmal im Jahr einen kurzen Erholungsurlaub gewähre, den aufzugeben alles Geld der Welt ihn nicht bewegen könne.

Zierleben auf der Theaterbühne. Während der Weihnachtseierlage war auf der Bühnenbühne des Stadttheaters in Halle a. S. ein kleiner geschlossener Garten etabliert. Ein zierliches Heß-Gesetz wurde errichtet, um am ersten Festtag nachmittags in der „Hörsaal“ eine Probe zu spielen. Abends gegen 8 Uhr in „Carmen“ und drei Stiegenbühne über die Szene. Ein Glas mit Gold-Fluten, die am zweiten Festtag nachmittags in die Wasser-umwandlung. Ein Stamm Dichter mit ihrem folgen haben heute bei der Abendvorstellung des „Hedden Beum“ auf dem Theaterbühnen, der aus Stroh, Heu und mehreren Tüchern abgelebter Erde mehr reichlich als naturgetreu hergestellt war. Da oben ginsten in ihrem Schatz, und ein Hefe, der die Mägen im ganzen Akt gehalten hat, vermachte nach ihnen zu bringen. Den Ein der Ferklinge bilden am dritten Festtag im berühmten Kameel, das im letzten Akt der „Königin von Saba“ die Hefe durchquerte.

auf Schritt und Tritt von allen staatlichen Organen erfahren. Der Eisenbahnminister von Breitenbach hat mit schönster Offenheit erklärt, daß bei den Eisenbahnarbeitern die höchsten Rücksicht genommen wird auf die Landarbeiterschaft. So wagt man den Eisenbahnen Hungerlöhne von 800 Mark im Jahre zu bieten. (Hört, hört!) Christliche Organisationen von Eisenbahnern werden beinahe so drangsalieren wie freigeigenschaftliche. Zugehörigkeit zu einem Konsumverein, der seinen Angestellten am 1. Mai freigeigt, wird mit Entlassung bestraft. (Sehr, hört, hört! und Entrüstungsruuf.) Das Dreiklassenhaus aber beglückt mit drohendem Beifall die Reden des Eisenbahnministers, der das Helotum der Staatsarbeiter als Staatsprinzip proklamiert. Und dann wagt man es noch, mit Wohlfahrtskassen zu prahlen, die pro Kopf des Arbeiters genau 8 Mark pro Jahr ausmachen. (Hört, hört!) Das ist preussische Sozialpolitik. Die Wahlen des vergangenen Jahres zeigen überall ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie. Als vor 3 Jahren hier in Berlin eine unangemeldete öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vor dem Schlosse stattfand, da erschien der Schloßherr am Fenster und hielt an die unten versammelte Menge eine Ansprache, die u. a. ein Stikat aus dem Kleinen Schauspiel „Der Prinz von Homburg“ brachte, wonach es nicht auf die Regel ankam, nach der den Feind man schlägt, sondern darauf, daß er gemessen wird. Der Hottentottenjubiläum hat mit grauem Hagenjungen geendet (Geisterzeit). Die Sozialdemokratie aber zitiert „Den Prinzen von Homburg“ da weiter, wo der königliche Redner aufgehört hat: Die Kunst nun lernen wir, ihn zu besiegen, Und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben!

(Stürm. Beif.) Die kleine sozialdemokratische Landtagsfraktion wird fortfahren in ihrer Arbeit in der Hoffnung, von der Zustimmung der Parteigenossen im Lande getragen zu werden. (Beifall, Beifall und Händeklatschen.)

Distiktion

ergreift zunächst das Wort Dr. Nard (Frankfurt a. M.): Wir aus der süddeutschen Ecke Preußens danken der Landtagsfraktion für ihre gleich prinzipielle und praktische Tätigkeit. Wir hoffen, daß Genosse Hoffmann bald wieder Gelegenheit bekommen wird, die Interessen des preussischen Proletariats im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Prinzipielle Schärfe mit praktischer Arbeit zu verbinden, ist die Aufgabe des richtig aufgestellten Parlamentarismus. Ganz besonders muß die schmachtvolle Stellung der freijünglichen agitatorisch ausgenutzt werden. Vielleicht empfiehlt sich die häufige Herausgabe kleiner agitatorischer Flugblätter seitens der Landtagsfraktion. Die Fraktion sollte ferner einmal nächstens einen Vortrag machen zugunsten der Straßenbahn, die ebenso unter der Fuchtel stehen wie die Eisenbahn. Weit entfernt, vor der Reichstagsfraktion zu verblaffen, kann die Landtagsfraktion ihr vielleicht in mancher Beziehung zum Muster dienen. Ich bitte den Parteitag, einer Resolution zuzustimmen, die der Landtagsfraktion Dank und Freude ausdrückt und sie auffordert, so manhaft wie bisher die Interessen der werktätigen Bevölkerung gegenüber den Junkern zu vertreten. (Sehr, Beifall.)

Rothe (Breslau) schließt sich dem Dank an die Landtagsfraktion an und bittet sie, ganz besonders die geradezu russischen Zustände in der Breslauer Eisenbahnerverwaltung einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Für die Breslauer Eisenbahnarbeiter ist nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch das Versammlungrecht vollständig abgeklafft.

Barck (Köln) bittet die Fraktion, mit aller Energie der polizeilichen Erwirkung des Koalitionsrechts entgegenzutreten, wie man sie in Mansfeld und im Ruhrrevier Tag für Tag erlebe. Auch müsse auf eine Vereinheitlichung in der Entschädigungspraxis der Veranlagungskommissionen und Berufungskommissionen auf dem Gebiete der Steuerpolitik Bedacht genommen werden.

Kunge (Wochum) dankt der Fraktion für ihre vortreffliche Haltung bei der Radboderinterpellation und der Berggegnovelle, wodurch die Wahlrechtsbewegung im Ruhrrevier außerordentlich gefördert worden sei. Öffentlich werde es auch bei der Landtagswahl gelingen, Vertreter der Bergarbeiter in den Landtag zu senden.

Singer verliest ein Schreiben eines polnischen Parteigenossen in Berlin, worin der Parteitag aufgefordert wird, auf die Reichstagsfraktion dahin einzuwirken, daß sie Verträge gegen das Reichsvereinsgesetz zur Sprache bringe. Es bedarf keines solchen Beschlusses da die Reichstagsfraktion selbstredend ihre Pflicht in dieser wie in jeder Beziehung tun wird. (Beifällige Zustimmung.)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Tiele (Halle): Wir schließen uns alle der Anerkennung der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion an. Die Fraktion hat einen wirklichen Bericht über ihre Tätigkeit erstattet, was man vom geschäftsführenden Ausschuss nicht begehren kann. Die Tätigkeit der Landtagsfraktion muß aber noch vertieft werden. So soll sie sich z. B. die Kreisauschüsse und die Ortsbezirke vornehmen. Das wird auch auf die Wahlkreise, die bisher bei den Landtagswahlen noch große Zurückhaltung üben, aufmunternd wirken.

Linde (Königsberg) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unerhörte Art und Weise, wie die bayrischen Waldarbeiter, die Agenten noch Süddeutschen ziehen, daselbst ausgebeutet werden. In elenden Baracken liegen 80 Mann wie Heringe nebeneinander. (Hört, hört!) Von jamaikanischen Maßregeln ist keine Rede. Eine eingereichte Beschwerde wurde als sozialdemokratische Agitation bezeichnet. Statt Hilfe zu schaffen, hat man jede Barade mit drei Revolvern versehen. Um die Waldarbeiter, falls sie unbotmäßig werden, niederzuknallen. (Hört, hört!) Möge unsere Fraktion möglichst bald den Minister über diese Dinge zur Rede stellen.

Landtagsabg. Borgmann (Berlin): Die Landtagsfraktion ist dankbar für jedes Material, das ihr aus den Reihen der Parteigenossen zugeht. Die Frage des Koalitionsrechts ist vom Kollegen Seibert bei verschiedenen Gelegenheiten sehr eingehend behandelt worden und wird natürlich auch in Zukunft stets zur ausgiebigen Erörterung gelangen. Die ungleiche Praxis bei Steuerveranlagungen wird in Preußen nicht eher aufhören, bis das Wahlrecht geändert ist. Die wichtige Frage der Zusammenziehung der Bezirks- und Kreisauschüsse ist stets von uns mit der gebührenden Sorgfalt und Schärfe behandelt worden. Wir haben mehrfach den Radweges geführt, daß diese Ausschüsse eher alles andere denn Selbstverwaltungskörper sind. Die Zustände in den Forsten spotten aller Beschreibung. Wir haben darüber interessante Aufsätze von Forstern erhalten. Welsch sind die Forsten Veranlagungssparte der höheren Beamten. Unsere Leistungen waren bei der geringen Mitgliederzahl unserer Fraktion naturgemäß gering. Aber was wir tun konnten, haben wir getan. Wir werden in Zukunft unserer Pflicht um so besser genügen können, je ausgiebiger die Unterstützung ist, die uns aus dem Lande zuteil wird. (Sehr, Beif.) Damit schließt die Distiktion.

Berichterstatter Heimann dankt den Rednern für die freundlichen Zusätzungen zu der Tätigkeit der Fraktion und verzichtet im übrigen auf ein Schlußwort.

Die Resolution Nard, die der Fraktion Dank und Freude über ihre bisherige Tätigkeit ausdrückt und sie zu weiterer mannhafter Betreten der Interessen des werktätigen Volkes gegen die Junker- und Pfaffenmehrheit auffordert, wird einstimmig angenommen.

Es folgt das Referat über das Kommunalprogramm für Preußen.

Singer teilt mit, daß die zur Bearbeitung des Entwurfs eingeleitete Kommission am gestrigen Tage noch eine Sitzung abgehalten habe, in der sie einige Abänderungen ihres Entwurfs vorgenommen habe. Berichterstatter Paul Hirsch: Das Programm ist von einer Kommission ausgearbeitet worden, die von der letzten Gemeindevorstanderversammlung für Berlin und Brandenburg niedergesetzt war und zu ihren Beratungen Genossen aus allen Landesteilen Preußens hinzugezogen hat. Der einstimmig angenommene Entwurf ist dann der Öffentlichkeit und der Kritik der Parteipresse unterbreitet worden. Gegen hat nun die Kommission eine Reihe Vorschläge und Anregungen in den Entwurf hineingearbeitet. Unser Entwurf zerfällt in zwei Teile. Der erste behandelt die Anforderungen an die Gesetzgebung, der

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 3.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Der Häuptling der Sioux.

Dieser Tage kam die telegraphische Nachricht von „drüben“, daß Red Cloud, die „rote Wolke“, in die glücklichen Jagdgründe eingezogen sei. Mit ihm verschwand der größte und tapferste Häuptling der nordamerikanischen Rothhäute, das Oberhaupt der Sioux, deren jahrzehntelange Kämpfe gegen die amerikanischen Unionstruppen die Vereinigten Staaten eine halbe Milliarde Dollar und das Leben von mindestens 10 000 Soldaten gekostet haben.

In der Geschichte wird wohl als mächtigster und grausamster Führer der Sioux immer Sitting Bull gelten, aber an Gewandtheit, Feldherrnblut, diplomatischer Feinheit war ihm die „rote Wolke“ weit über. Es hat eine Zeit gegeben, wo Red Cloud über all die vielen Stämme der Sioux, vom Kanadastrom nordwärts bis zum Saskatchewan in Kanada, vom Mississippi bis an die Felsengebirge geherrscht hat und Lenker eines Gebietes war, welches das Deutsche Reich um das Doppelte übertraf.

All die blühenden Staaten von heute, Kansas, Nebraska, Wyoming, Nord- und Süddakota, Teile von Iowa, Colorado und Minnesota, Montana bis weit über die kanadische Grenze hinaus waren Besitz der mächtigen Vereinigung der Dakota, das heißt der sieben Ratsfeuer, denen die Franzosen den Namen Sioux gegeben hatten, während andre sie mit mehr Berechtigung Adonewestier nannten. Unter verschiedenen Namen bildeten sie eigne Staaten, die miteinander verbündet waren und in dem Häuptling der eigentlichen Dakotas ihren obersten Führer anerkannten.

Im Laufe der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden den Adonewestern von den Amerikanern in rücksichtslosster Weise Stück für Stück ihres ungeheuren Landesbesitzes geraubt, sie wurden unter fortwährenden Kämpfen wie wilde Tiere von einem Gebiet ins andre getrieben, bei Friedensschlüssen wurden ihnen Ländereien für „ewige Zeiten“ angewiesen, die bei der ersten besten Gelegenheit ihnen wieder abgenommen wurden, und schließlich wurden sie in Norddakota auf der großen Reservation von Pine Ridge zusammengebrängt, wo die „rote Wolke“ und seine Unterhänflinge die beiden letzten Jahrzehnte verhältnismäßig in Frieden gehaust haben. Hier war es auch, daß Red Cloud im hohen Alter von ungefähr 90 Jahren verschied.

Sein Geburtsjahr wußte er selbst nicht genau anzugeben. Er wußte nur, daß er schon junger Krieger war, als die Vereinigten Staaten im Jahre 1838 die Schwarzesen aus Georgien, ihrem Stammland, vertreiben. Von seiner Geburt bis zu seinem Tode war er Zeuge der schmachvollen Behandlung seines Volkes, der angekommenen Herren des Kontinents, durch die Yankees, und in seiner Person vereint sich ein großes Stück der Geschichte der Rothhäute — mächtig, zahlreich und blühend bei seiner Geburt, vollständig gebrochen, verarmt, dezimiert und elend bei seinem Tode. Vergänglich hat er jahrzehntelange den Tomahawk geschwungen und seine tapferen Krieger wiederholt zum Siege geführt: die halbe Million Seelen seines Volkes — mehr zählte es bei seiner Geburt nicht — mußte dem Ansturm der weißen Zivilisation weichen. Wie man Staub von einem Spiegel wegwischt, fuhr die mächtige Hand Entel Sams über die Prärien, um sie von den Rothhäuten zu säubern.

Im Jahre 1825 unter Monroe wurde in Washington der Beschluß gefaßt, auch die Indianerstämme des Ostens nach den Prärien zu schaffen, die damals noch unbeschnittenes Gebiet der Rothhäute waren, und wohnen sich kein Ansiedler wagte. Zuerst kamen die heldenhaften Sentinellen von Florida an die Reihe. Wahrhaft rührend ist die Geschichte ihrer Wanderung. Ihnen folgten die andern Stämme, und wie in zoologischen Gärten wilden Büffeln und Hauttieren größere Plätze eingeräumt werden, um sich darauf innerhalb der hohen Jäune umherzutummeln, so wies man diesen Stämmen ein Indianerterritorium, nämlich des Arkansasstromes „für ewige Zeiten“ eigne Reservationsen, eine Art Landgefängnisse an, wohin ihnen kein Weißer folgen durfte. Das Territorium sollte ihr unbestrittener Besitz bleiben.

so wurde es im Jahre 1837 vom Kongreß der Vereinigten Staaten feierlich dekretiert.

Aber der Ansturm der weißen Zivilisation war zu gewaltig. Die Prärien wurden von ihr mit einer Schnelligkeit und Stärke überflutet, als wenn bei einem Wellenbruch die Dämme bersten und das Wasser sich über die tieferliegenden Strecken ergießt. Dann bleibt es auch vor keiner Staatsgrenze stehen. Ebenso wenig respektierte der weiße Ansturm das rote Territorium. Nur mühsam durch die Soldaten zurückgehalten, staute sich der Strom der Abenteurer, Ansiedler, Grenzgesindel, Landpekulanten und ehrliches Volk an den Grenzen von Arkansas zusammen und drängte auf die Desjnung des verbotenen Landes. Der Kongreß in Washington mußte ungeachtet der Verträge nachgeben.

Wieder mußten die Indianerstämme weiter wandern, und im Jahre 1850 wurde vom roten Territorium der Staat Oklahoma abgetrennt und den Weißen geöffnet. Im Norden, mitten in den Dakotas, gab es eine riesige Reservation, groß wie ein europäisches Königreich, die Agentur der Reservation — Rosebud Agency — genannt. Dort hausten frei wie einst im ganzen Gebiet einzelne Stämme der Sioux. Auch sie ruhten dem Ansturm der Weißen weichen, und Rosebud wurde ihnen genommen.

So ging es in einem fort, nichts als Landraub, Bruch von Verträgen, Verjagen der Stämme aus ihrer Heimat, Kriege, Menschenjagden. Als Red Cloud Häuptling wurde, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, zählten die Rothhäute nur noch 400 000 Seelen, heute sind sie auf die Hälfte dieser Zahl zusammengeschrumpft. Und Red Clouds Stamm, die damals 100 000 Seelen umfaßten, sind heute, bei seinem Tode, nur 40 000 Seelen stark. Geht das so weiter, so werden die Indianer in diesem Jahrhundert gänzlich verschwinden, und wie man einst romantische Erzählungen vom letzten Mohikaner schrieb, so wird ein kommender James Fenimore Cooper die Geschichte der letzten Rothhaut überhaupt schreiben können.

Jedenfalls ist die „rote Wolke“ der letzte große Kriegsheld und Häuptling der Indianer gewesen, von dessen Großtaten gegen die Weichgeschichten in den Kriegen von 1852, 1853 und 1876 sich die Rothhäute bei ihren Lagerfeuern in den entferntesten Reservationsen noch heute erzählen. So manchem der jungen „Bucks“ mögen die Augen funkeln, wenn er von den alten Kriegern hört, wie die „rote Wolke“ sich durch eigne Kraft, Weisheit, Tollkühnheit emporgeschrieben hat. Seine erste größere Heldentat war die Megelei am Fort Phil. Kearney. An der Spitze von ungefähr tausend Reitern überraschte er die Feinde und machte die ganze Besatzung nieder, wobei er selbst mehrere hundert Krieger verlor. Unter seinem Oberbefehl vernichteten sich die Stämme. Die jeder Krieger an seinem Gürtel hängen hatte, zusehend. Wo immer die Weißen erschienen, tauchten rasch wie ein Wirbelwind die berittenen Vanden der Rothhäute auf, ein kurzer Kampf, und die Weichgeschichten lagen ohne Kopfhaat tot auf dem nackten Prärieboden. So ging es den Trappern und Goldsuchern, den Militärpatrouillen und endlich auch den Verbeiterbrigaden, welche die ersten Schienenstränge quer durch die Prärien nach der Küste des Stillen Ozeans zu legen hatten; selbst ganze Eisenbahnjüge wurden angefallen und ihre Passagiere getötet. Sandte Dufel Sam dann seine Truppen gegen die Sioux, dann fanden sich die einzelnen Stämme unter dem Befehl von Red Cloud oder Sitting Bull oder American Horse zusammen und lieferten den Yankeeerkörper blutige Schlachten. Beim Little Big Hornfluß gelang es ihnen, in einer tollkühnen Weiterattacke das ganze Kavalleriekorps des Generals Custer mit diesem selbst zu vernichten, und als ich zwei Jahre später durch Deer Lodge kam, wurden mir dort Stalpe aus jener Schlacht zum Kauf angeboten, dazu Waffen, Sättel, Sporen.

Das ging so fort bis in die achtziger Jahre, und erst dann jähend die Gewalt der Rothhäute für immer gebrochen. General Sheridan war es, der ihnen gewissermaßen den Todesstoß versetzt hat. Bis dahin hatten die Vereinigten Staaten in allen Indianerkriegen zusammengenommen 15 000 Mann verloren und

4 Milliarden Mark geopfert. Sheridan und seinen Generalen gelang es, die Dakotas zur Waffenstreckung zu zwingen. Er war damals auf der Reise nach Kanada, und in Fargo erteilte ihm die erbetene Erlaubnis Sheridans, das große Lager der Dakotas in der Standing Rock Agency zu besuchen.

Es war die letzte große Ansammlung von Indianerkriegern. Gegen viertausend von ihnen lagerten den Amerikanern gegenüber in ihren malerischen Zelten aus bemalten Büffelhäuten. In der ersten Reihe waren die Zelte ihrer berühmtesten Anführer, die selbst mit ihren Getreuen vor den Zelten starr und stumm um die Lagerfeuer saßen mit Gesichtszügen wie aus Stein gehauen. Sie wußten, es war nun zu Ende. Das Spiel war aus. Mit Sheridan gab es keinen Spaß. Er war gekommen, um ihre Unterwerfung zu erzwingen und mit ihnen die Friedenspfähle zu rauchen, aber keine Miene in ihren starren Gesichtern verriet ihre innere Bewegung. Sitting Bull, dieser gewaltige Held unter ihnen, schien noch am meisten aufgeregert, wenigstens konnte man ihm seine innere Wut und seinen Haß ansehen, wenn er Sheridan gegenüberstand. Der Kommandierende pflegte des Abends, gefolgt von seinen Adjutanten, einen Rundgang bei den Häuptlingen zu machen. Die Feuerwaffen waren allen Rothhäuten längst abgenommen worden, nur die Tomahawks, Messer, Schläger waren noch in ihren Zelten. Als ich Sheridan meinen Wunsch aussprach, zum Andenken einen Tomahawk mitzunehmen, trat er ohne weiteres in Sitting Bulls Zelt, faßte eins dieser schweren Nordbeile und reichte es mir. Sitting Bull, der dabei stand, rührte sich nicht, auf meine Bitte schrieb der General mit eigener Hand einen Zettel, daß das Beil von dem großen Häuptling kamme, und siegelte es daran. Es ist heute im Museum zu Weimar.

Nabe dem Zelte Sitting Bulls befand sich auch jenes der „roten Wolke“. Er war kleiner, aber kräftiger und unterfester als Sitting Bull, mit einem großen, wie aus Stein gehauenen und bemalten Kopf, aus dem die blutrünstigen Augen wie schwarze Feuer hervorleuchteten. Während des Friedenspalavers bezog er keine Miene — er saß da wie eine Statue und sprach kein Wort, obgleich er die Unterhandlungen leitete. Ein jüngerer Krieger sprach für ihn, doch hatte er diesem vorher haarklein alle Punkte angegeben. Bis zum Palaver von Standing Rock hatte die „rote Wolke“ sich niemals zu Verhandlungen mit den Weißen hergegeben. Er war sein ganzes Leben lang auf dem Kriegspfad gegen sie gewesen. Jetzt aber, angefächelt des gewaltigen Aufgebots von Truppen und der Degimierung seiner eignen Krieger entschied er sich zur endlichen Unterwerfung. Er begrub das Kriegsheil, unterzeichnete den Friedensvertrag und hat ihn auch seither nicht mehr gebrochen. Willig führte er seine Stämme von Standing Rock nach der großen Pine Ridge Agency nahe der kanadischen Grenze, und dort ist er seither geblieben, ohne je wieder etwas gegen die Weißen zu unternehmen. Er war auch schon zu alt dazu. Die Regierung baute ihm dort ein Haus und setzte ihm eine Jahrespension aus.

Als im Jahre 1904 die Weltausstellung von St. Louis abgehalten wurde, veranstalteten die Behörden auch einen großen Kongreß aller Indianerstämme, dem über achtthundert Rothhäute, darunter die berühmtesten Häuptlinge, beiwohnten. Das Bild, das die Indianerlager damals mit ihren bunten, bewimpelten Zelten darboten, erinnerte mich lebhaft an jenes von Standing Rock. Auch so manche Rothhaut, die ich dort gesehen, fand ich wieder, wie den „Black Bear“, „The American Horse“ und andre. Der Dolmetscher von damals, „The Eagle“, ein Amerikaner, der als Kind von den Indianern geraubt und unter ihnen aufgewachsen war, diente mir wieder als Führer. Aber die „rote Wolke“, auf dessen Kommen alles gerechnet hatte, fehlte. An seiner Stelle war sein Sohn gekommen, der ganz danach aussah, als ob er seine roten Brüder zum Sieg über die Weichgeschichten führen könnte. Seither war der alte Häuptling auch erblindet, und nun hat sein Sohn die Führung der Sioux übernommen.

Aber der Kriegspfad sieht den Sohn nicht mehr.

E. v. Sesse-Warzegg.

Moderne Sklavinnen.

Ein Theater-Roman von Ludwig Bendler.

(46. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Was wäre geschäftswidriger gewesen, als solcher Auffassung nicht Nahrung zu verleihen?

Daß die vermeintliche Italienerin, die dem Stadttheater nun schon in der fünften Spielzeit Divertissements, Tänze, choreographische Arrangements aller Art bescherte, in den ersten ein bis zwei Jahren der Gegenwart heftiger Nachstellungen von seiten der ältern und jüngern Lebewelt gewesen war, konnte in Anbetracht der Eroberungsmacht, die gerade diese Spezies hinsichtlich der Theaterdamen auszuzeichnen pflegt, nicht wundernehmen.

So ziemlich alle wohl waren sie hinter der schönen Tänzerin hergestiegen, jeder in seiner Art, der mit kleiner vorsichtiger, jener mit großen, frechen Schritten, der eine mit Blumen in der Hand, der andre mit Konjekt in der Tasche, ein dritter sogar mit Gesandmeide in besonderm Ehrlich sein heil verjuchend, aber — über die Schwelle der „Tanzdiva“ geschritten zu sein, konnte niemand sich rühmen.

„Der Teufel über diese Marzani.“ tadelte damals der alternde Baron Stieglitz, indem er, einer Gewohnheit gemäß, die Seitenteile seiner unverkennbaren Perücke mit zwei Taschentüchern nach vorn nickte, „ein unglaubliches Geschöpf!“

„Mir noch nicht passiert.“ schmauzte halb in sich hinein der ziemlich neugebackene Oberleutnant Florsheim, „habe derartigen Absurz für unmöglich gehalten.“

„Geht Euch zufrieden.“ wisperte in Bosheit und Rache Herr Staatsanwalt-Substitut Georai, „wenn so eine eben in festen Händen — nicht zu machen.“

So ungefähr verständigte man sich, tröstete einander im Kreise gleichgestimmter schöner Seelen, und betrachtete die „Tanzmeisterin“ als ein zwar schönes, begehrenswertes, für das Vergnügen der Lebewelt aber unbrauchbares Frauenzimmer.

„Schwamm drüber.“ es waren ja noch andre, weniger zimperliche, weniger Skrupel empfindende Weiber beim Theater vorhanden.

Wie Fräulein Marzani's Stellungnahme nun dem Direktor Ustmann gegenüber von Anfang an gewesen sein

modte oder, umgekehrt, die feinnige ihr gegenüber, nahm Tante Christines ganz besonderes Interesse bei Gelegenheit des Besuchs der Ballettmeisterin in Anspruch, und sie ließ auch nicht ab, bis es ihr nach verschiedenen vergeblichen Versuchen gelungen war, das Gespräch auf dieses Thema zu leiten.

„Fünf Jahre nun sind Sie schon hier. Fräulein Marzani.“ begann sie, als Maria, um eine Handarbeit herbeizuholen, auf einige Augenblicke das Zimmer verlassen hatte und der Gast somit ihrer Unterhaltung auf Gnade und Ungnade überliefert war, „fünf lange Jahre und sind immer in gutem Einvernehmen mit — mit dem — mit den Vorständen gewesen?“

„O ja. Ich gehöre ja übrigens selbst, als Ballettmeisterin, zu diesen Vorständen.“ entgegnete Fräulein Marzani. „Soweit ich dienstlich mit ihnen zu tun hatte, habe ich mich immer leidlich mit den Kollegen verträglich, freilich — außerdienstlich, da bin ich ihnen, wo und soweit es irgend möglich, aus dem Wege gegangen.“

Das war's ja nicht, was Tante Christine wissen wollte. Indem sie Wiewiele, der sich's heute auf ihrem Schoße besonders beuam gemacht hatte, wohlwollend freischaltete, begann sie von neuem:

„Und — und der Herr Direktor Ustmann selbst, war der immer höflich zu Ihnen, hat sich gebührend und fein betragen, wie es ein anständiger Herr einer Dame schuldig ist?“

„Mir persönlich gegenüber stets.“ erwiderte Fräulein Marzani, „allein —“

„Allein?“

„Das hat einen ganz besondern Grund. Ich kam mit einer Empfehlung, die mich schützte, zu ihm.“

„Mit einer Empfehlung?“

„Ja, seitens meiner Lehrerin und zugleich — Professorin. Die Dame stand in Respekt beim Herrn Direktor Ustmann. Er fürchtete sie, hatte Grund, sie zu fürchten.“

„Fürchtete sie? Warum?“

„O nicht doch.“ kämpfte Fräulein Marzani die Witzbegier Tante Christines, „das ist etwas, das nicht mich allein betrifft. Ich sagte schon zuviel — Verzeihung, daß ich es tat.“

Schade, schade diese Zurückhaltung des Fräuleins Marzani und — Ach, da kam ja auch schon Maria wieder! Nun

war's aus mit jeglichem Gefrage, und abermals sollte die Tante für heute ihre Witzbegier ad acta legen. Zu ärgerlich!

Wenn dies Fräulein Marzani etwas den Direktor Belastendes wußte, wenn einiges von ihr herauszubekommen wäre, wie wertvoll dann die Bekanntschaft zum Vorteil von Marias Angelegenheit!

Man sah es ja, aus Furcht war Herr Ustmann fünf Jahre hindurch gegen die Ballettmeisterin, deren Schönheit einem besseren Manne gefährlich werden, ihn in Versuchung führen konnte, anständig geblieben, fünf Jahre hatte er ihren Vertrag aufrechterhalten, ohne sich das geringste zu erlauben. Wenn man hinter dies Geheimnis kommen, gleichfalls Furcht in ihm erwecken könnte!

Eine ganze Dutzend von Kombinationen stieg in Tante Christines Hirn empor, und schon begann sie an dem zu arbeiten, was geschehen mußte, falls Stolzenbergs Intervention sich als fruchtlos erweisen sollte.

Maria, die als vornehmer Charakter nicht in die Verhättnisse andrer einzudringen für schädlich hielt, hörte es dennoch gern, als, manangefordert, aus eiguem Nuttrieb, die Ballettmeisterin über dies und jenes aus ihren früheren künstlerischen Stellungnahmen vernahmen ließ.

Lucie Marzani war als weißer Mabe einer kleinen untergeordneten Familie entpossen und ihr Vater nicht mehr am Leben gewesen, als die Mutter sie, das bildhübsche Kind von seltener Grazie, des frühen Erwerbs wegen, in die Ballettschule gegeben hatte.

Daß sie, nach Beendigung der Studienjahre, die sie als Eleve, im Theaterjargon „Matte“ geheißen, dort absolviert, so gleich und ohne Schwierigkeit ein Engagement als Solotänzerin an ein Stadttheater ersten Ranges erhielt, hatte sie außer tüchtigen Können, außer ihrer eignen Grazie und schönen Erscheinung, auch mit der Empfehlung ihrer Lehrerin, einer früheren Prima Ballerina von Ruf, zu verdanken.

Diese war es auch gewesen, die, nach erfahrungreicher eignem Kaufbahn, ihre Lieblingschülerin Lucie Marzani mit denjenigen Lehren ausstattete, die, außerkünstlerisch, einem auf sich angewiesenen, ohne bessern Familienanhalt dastehenden Theaterzögling von doppeltem, dreifachem Werte sein mußten

(Fortsetzung folgt.)

zweite enthält die Forderungen, die unsere Gemeindevertreter bereits nach dem heutigen Zustand der Gesetzgebung zu stellen berechtigt sind. Der erste Teil des Entwurfs bezieht sich auf die Forderung, und zwar nicht bloß auf die Landes-, sondern auch auf die Reichsgesetze, die geändert werden müssen, um bestimmte Forderungen in den Gemeinden zu erreichen. Unser Entwurf ist

Kein Münzberger Trichter.

mit dem man unsere Genossen die ganze politische Weisheit eintrichten könnte, sondern soll den in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen mit Grundzügen an die Hand gehen. Eventuell beschließt der Parteitag, noch einen besonderen Kommentar zu unserem Programm herauszugeben.

Genosse Dr. Lindemann, bekanntlich eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Kommunalpolitik, hat die Frage aufgeworfen, ob es sich überhaupt empfiehlt, ein einheitliches Kommunalprogramm für ganz Preußen aufzustellen. Aber diese Frage kommt für die Kommunisten nicht in Betracht, die doch eben eingesehen ist, um ein einheitliches Kommunalprogramm aufzustellen. Jedenfalls ist das Bedürfnis nach einem solchen Programm in weiten Kreisen unserer Partei verbreitet. Genosse Lindemann vermisst u. a. die Forderung eines Wohnungsgesetzes für Preußen in unserem Kommunalprogramm. Aber wir haben von einer solchen Forderung hier abgesehen, weil bei der Zusammenfassung des preussischen Landtags von einem preussischen Wohnungsgesetz für die arbeitende Klasse nichts Gutes zu erhoffen ist. Gewiß hat Lindemann recht, wenn er meint, daß die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen verschieden liegen. Aber sie liegen auch in den einzelnen Gemeinden derselben Provinz verschieden. Es liegt kein Grund vor, wegen dieser Verschiedenheiten von der Aufstellung gemeinschaftlicher Grundzüge abzusehen. Den Genossen der einzelnen Provinzen und Drie bleibt es unbenommen, angesichts besonderer Verhältnisse

Ergänzungen des gemeinsamen Programms

vorzunehmen.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob das Kommunalprogramm sich mit der Bremer Resolution deckt, welches staatliche Zuschüsse an die Gemeinden für Volksgesundheit, Schulpflege, Armenwesen und den Wohnungsbau fordert. Aber schon damals traten die Ansichten darüber sehr auseinander, ob nur staatliche Zuschüsse zu fordern oder dem Staate die gesamten Lasten aufzubürden seien. Wie schon die sächsischen Genossen, gehen auch wir über die Resolution hinaus, indem wir die Übernahme der Volksschulschulden auf den Staat verlangen. Man sage nicht, daß dadurch die Selbstverwaltung gefährdet wird. Heute gibt der Staat herzlich wenig, manchmal gar nichts, und nimmt sich doch heraus, den Gemeinden vorzuschreiben, was sie auf dem Gebiete des Schulwesens zu tun oder zu lassen haben. Außerdem fordern wir ja gezielte Uebertragung der Schulverwaltung auf die Gemeinden. Bei den Staatszuschüssen zum Armenwesen, Wohnungsbau usw. muß jede Willkür der Regierung durch Selbstausgeschlossen werden, so daß sie z. B. nicht etwa der Gemeinde Hufum wegen ihres Bürgermeisters Schädigung den Staatszuschuß entziehen kann.

Sehr heftige Angriffe haben

die abstinente Genossen

gegen unser Programm erhoben. Sie haben der Kommission sogar mangelnde Sympathie für die Bewegung zur Bekämpfung des Alkohols vorgeworfen. Aber es sitzen in der Kommission doch einige wichtige Abstinente (Hört, hört!), und gerade diese haben sich gegen die zu weit gehenden Anträge ihrer Freunde gemahnt, weil sie einsehen, daß man dadurch der Sache mehr schadet als nützt. (Sehr richtig!) Wir hatten nicht die Aufgabe, ein Abstinenteprogramm zu entwerfen, sondern ein Kommunalprogramm. (Zustimmung.) Wir stehen alle auf dem Boden der Bremer Resolution. Aber was soll man zu solchen Anregungen der Abstinente sagen, wie jener Aufforderung zur Wahl abstinenter Delegierter. (Hört, hört!) Wir haben doch andre Aufgaben, als lediglich die Abstinentebewegung zu fördern. Wir haben berechtigete Wünsche der Abstinente in unser Programm aufgenommen, aber solche Anträge, wie den Antrag 12, der kurzerhand die Gemeinden bevollmächtigen will, den Ausschank alkoholischer Getränke zu verbieten, müssen rundweg abgelehnt werden. (Sehr richtig!) Solche Gesetze würden ja nur das Trinken in das Innere der Häuser verlegen. Es würde nicht weniger getrunken werden, sondern nur heimlich. (Sehr richtig!) Auch die Bekämpfung des Alkoholkonsums gehört nicht in ein Kommunalprogramm. Hier hilft viel besser die gesellschaftliche Organisation der Kellerweiber. Die Forderung des obligatorischen Ausschanks alkoholischer Getränke in gesundheitsgefährlichen Betrieben ist an sich berechtigt, aber eine Spezialfrage, die nicht ins Kommunalprogramm gehört. Die von manchen Seiten geforderten sozialen Kommissionen soll man nicht überschätzen, sie sind vielfach Dekoration.

Unsere Forderungen in bezug auf die Gemeindeverfassung geben unsern ganzen Programmen das Gepräge, sie zeigen, daß wir eine demokratische Partei sind. Zurzeit haben wir in Preußen ein wirklich demokratisches Wahlrecht. In den östlichen Städten stehen Magistrat (in kleinen Landstädten Bürgermeister und Schöffen) und Stadtverordnete (in kleinen Städten) in Konkurrenz mit dem Bürgermeister allein Gemeindevorstand. Einen kollegialen Magistrat hat man noch nicht. Während in allen andern Provinzen der Magistrat indirekt, d. h. von der Stadtverordnetenversammlung, gewählt wird, werden die schleswig-holsteinischen Magistrate — allerdings auf Vorschlag — direkt von der Bürgererschaft gewählt. In Hannover kooperierte sich der Magistrat gewissermaßen selbst, während in Frankfurt a. M. der erste Bürgermeister vom König ernannt wird. Dafür bedürfen dort die andern Magistratsmitglieder keiner Bestätigung. Wir könnten also et. einmal dort die Mehrheit im Magistrat erhalten.

Das Wahlrecht ist durchweg ein plutokratisches.

Entweder das Dreiklassenwahlrecht, das durch Gesetzstatut noch verschlechtert werden kann, oder ein Reichtumswahlrecht. Dazu tritt das fast überall bestehende Privileg der Hausbesitzer. Was das Selbstverwaltungsrecht betrifft, so kann man sich am kürzesten so ausdrücken, daß wir keins haben. (Sehr richtig!) Das Selbstverwaltungsrecht und das freie Gemeindevahlrecht können nur gemeinsam mit dem allgemeinen Wahlrecht für den Staat erkämpft werden. Wir verlangen das allgemeine gleiche Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Gemeindeangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Wir verlangen weiter ein Einkammersystem und sehen nicht ein, warum neben den Stadtverordneten noch ein besonderer Magistrat bestehen soll, der das Recht hat, die Beschlüsse der Stadtverordneten zu annullieren. Wir verlangen, daß der Gemeindevorstand von der Gesamtheit der Gemeindeangehörigen, nicht von der Gemeindevertretung, gewählt werde. Wir wollen Vervielfachung des Gemeindevorstandes, um zu verhindern, daß nur reiche Leute in das Amt gewählt werden können. Wir verlangen die Einführung des Vorschlags- und Verwerfungsrechts gegenüber den Gemeindebeschlüssen für alle Einwohner der Gemeinde. Jede Beschränkung des Wahlrechts durch Aufenthaltsdauer-Bestimmungen müssen wir verwerfen. Wir verlangen die Uebertragung der gesamten Polizei an die Gemeinden.

Den Zustand, daß der Bürgermeister im staatlichen Auftrag die Polizei verwaltet, hielt selbst Miquel in seiner liberalen Zeit für eine Untergrabung der Selbstverwaltung. Wir verlangen die Uebertragung des Prinzipals der Progression auch auf die Zuschläge der Gemeinden zur Einkommensteuer. Die Frage der Gewerbesteuer haben wir offen gehalten. Wir halten sie nicht für wünschenswert, gestehen aber zu, daß sie zurzeit nicht überall abgeschafft werden kann. In der gestrigen Sitzung haben wir einen Passus eingefügt, wonach bis zur völligen Abschaffung der Gewerbesteuer, vorläufig wenigstens, die kleinen Gewerbebetriebe von der Gewerbesteuer befreit werden können. Die Wertzuwachssteuer haben wir ins Programm aufgenommen, die Umfassener als eine wenn auch ziemlich rohe Erbschaftsteuer zugelassen. Offen gelassen haben wir die Frage der Hundesteuer. Die Hundesteuer ins Programm aufzunehmen, hielten wir nicht für nötig. (Sr. Gtzl.) Im Gegensatz zum Genossen Lindemann sind wir der Meinung, daß Gemeinde-Unternehmungen Ueberflüssige, wenn auch mäßige, abzuwerten berechtigt sein müssen. Alle dagegen hervorgehobenen Einwendungen halten vor der Kritik nicht stand. Wir haben also den Passus so formuliert:

Alle Gewerbebetriebe der Gemeinden sind der Privatanebenbenutzung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben. Monopolpreise sind entschieden zu bekämpfen, während gegen mäßige Ueberflüssigkeiten, die nur eine Gebühr darstellen, nichts einzuwenden ist.

Ein besonderes Verbot der Verwendung kommunaler Gelder für kirchliche Zwecke halten wir für überflüssig. Ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter, der darüber noch nicht Bescheid weiß, gehört einfach nicht auf seinen Platz.

Wir wünschen prinzipiell durchaus die

Einführung allgemeiner Schulpflegung.

da diese Forderung aber zurzeit nicht durchführbar ist, verlangen wir zunächst die Einführung ungenügend erhaltener Schulen. Die vielen an sich berechtigten Forderungen, die von verschiedenen Seiten hinsichtlich des Fortbildungsschulwesens und des Schulwesens überhaupt erhoben worden sind, konnten nicht in das Programm aufgenommen werden, ohne es ungebührlich zu verlängern. Wohl aber ist indirekt in dem Programm die Forderung der Abschaffung der Volksschule enthalten, da es die Ausschaltung aller Schulsysteme verlangt, die den Ausbau der Volksschule hemmen. Auch die Forderung besonderer Klassen für Schwachbegabte befindet sich, sogar in bedeutender Erweiterung, im Programm. Zu sehr detaillierte Forderungen an die Schule in das Kommunalprogramm aufzunehmen, empfiehlt sich nicht. Die

Unentgeltlichkeit des Unterrichts

und aller Lehrmittel haben wir mit Nachdruck gefordert. Im Einklang mit den Wünschen der städtischen Arbeiter verlangen wir Unterstellung sämtlicher für die Gemeinde beschäftigter Arbeiter und Unterangestellten unter die Gewerbeordnung und Ausdehnung der Arbeiterversicherungs-gesetze auf die im Gemeindebetrieb tätigen Personen. Im Einklang mit früheren Ausführungen Singers lehnen wir die prinzipielle Forderung des Baus von Arbeiterwohnungen durch die Gemeindeverwaltungen ab. Wir alle wissen, zu welcher Fessel solche Arbeiterwohnungen werden können. Wir können auch nicht die Unterfütterung von Bauergesellschaften programmatisch machen. Dagegen sind alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf Beseitigung der Mietskarnen hincelen. Den Städten ein unbedingtes Enteignungsrecht zu geben empfiehlt sich so lange nicht, als das plutokratische Wahlrecht und die Pressbesitzprivilegien existieren. Wir fordern städtische Gesundheitsämter und Schutz der Schwangeren, einerlei ob verheiratet oder unverheiratet. Wir verlangen Zinkerheime, lehnen aber weitergehende Abstinenteanträge ab.

Die Forderung, daß die Krematorien in städtische Regie genommen werden sollen, ist notwendig, um zu verhindern, daß sich bei etwaiger Einführung der Feuerbestattung die Kirche der Krematorien bemächtigt. Wir verlangen die Verpflichtung der Gemeinde zur Zahlung tarifmäßiger Beihne. Der Einwand Lindemanns, daß sich eventuell Arbeitnehmer und Arbeitgeber eines Gewerbes zur Bänderung der Gemeinde verbinden könnten, erscheint uns ungerechtfertigt. Die Parri-genossen werden auf der Hut sein, um so etwas zu verhindern. In unsere Forderungen für die Armen- und Waisenfürsorge haben wir auf Anregung des Genossen Lindemann und in Einklang mit einer sehr alten Forderung Rudolf Birchows die Einführung der freien Arztwahl aufgenommen. Es ist nicht einzusehen, warum die Bezahler von Armenunterstützungen nicht das Recht haben sollen, ihren Arzt selbst zu wählen.

Der letzte Absatz des Programms verlangt die Einführung von Zweckverbänden für Unternehmungen, zu denen die Mittel der Einzelgemeinden nicht ausreichen. Eigentlich ist dies alles nur die Einleitung. (Sr. Heiter!) Ich habe mich mehr mit Einwänden als mit dem eigentlichen Programm beschäftigt. Doch ich halte eine weitere Erläuterung des Programms nicht für notwendig. Denn ich darf wohl annehmen, daß die Genossen hier und im Lande mit den Programmpunkten, gegen die keine Einwendungen erhoben worden sind, einverstanden sind. (Zustimmung.) Ich glaube auch nicht, daß eine nochmalige Kommissionsberatung notwendig ist. Ueber strittige Punkte kann auf dem Parteitag selbst Klärung geschafft werden. Worauf es ankommt ist, eine Waffe zu schmieden, mit der wir die Befreiung des Proletariats, die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft erkämpfen. (Sehr anhalt. Bravo!)

Es folgt die Diskussion über den Programmtext und die dazu gestellten Anträge.

Eberle (Barmen): Mir erscheint der Programmtext als gar zu spezialisiert. Nach meiner Meinung sollte man das Wort Ueberflüssigkeit ganz herausstreichen und nicht versuchen, den unfaßbaren Begriff eines „mäßigen“ Ueberflüssigen festzulegen. Auch die Fassung des Passus über die Gewerbesteuer scheint mir nicht gerade glücklich zu sein. Besser ist es schon, man schweigt ganz von dieser Steuer. Ich halte es auch nicht für richtig, daß sich die Sozialdemokratie programmatisch auf den Kleinwohnungsbau festlegt. Man soll auch nicht zu sehr das Schlagwort von „Mietshäusern“ gebrauchen. Unter Umständen könnten Mietshäuser den Arbeitern größere Annehmlichkeiten verschaffen als der Kleinwohnungsbau. Man sieht am Punkte Wohnungswesen, daß das Programm gar zu sehr auf die großen Städte zugeschnitten ist. Der Referent bezog sich auch fortwährend auf die Gemeindefusion von Groß-Berlin. Ich möchte doch raten, eine Kommission niederzulegen. (Beifall.)

Schlag (Breslau) warnt davor, die Reichwertzuwachssteuer mit gänzlichem Augen anzusehen. Es handelt sich auch hierbei nur um das Bestreben der Konservativen, den Großstädten wiederum eine Einnahme zu entziehen. Die Reichs-Wertzuwachssteuer würde den Gemeinden eine Einnahme rauben, der sie dringend zur Erfüllung von Kulturaufgaben bedarf. (Zustimmung.)

Heiden (Frankfurt a. M.): Meiner Meinung nach ist der Programmtext nicht zu lang, aber er enthält einige Ungenauigkeiten und Forderungen, für die nicht Preußen, sondern das Reich zuständig ist. Das Enteignungsrecht muß unbedingt den Gemeinden gegeben werden. Die sozialpolitischen Forderungen müssen mehr spezialisiert werden. Kommissionsberatung halte auch ich für überflüssig.

Partels (Köln): Wir beantragen, daß der gesamte un- verbundene Wertzuwachs durch die Wertzuwachssteuer der Gemeinde zugeführt wird. Die bisher bestehenden Zuwachssteuern führen nur einen kleinen Prozentsatz des kolossalen Zuwachses der Gemeindefasse zu. Dabei haben die Zuschläge der Kommunalsteuer vielerorts eine geradezu unerträgliche Höhe erreicht. Die Bodenwertsteigerung hat in Köln z. B. eine geradezu unheimliche Höhe erreicht. Unter 45 Stadtverordneten sind dort 43 Hausagrarien.

Singer (Berlin): Unser kommunales Programm zerfällt wie unser Parteiprogramm in zwei Teile. Der erste faßt unsere grundsätzlichen Forderungen zusammen, der zweite enthält, was wir innerhalb des heutigen Staates und Gesellschaft für notwendig erachten. Während wir nun aber durchsetzen können, daß schon jetzt der gesamte Wertzuwachs an die Gemeinden fällt, so hätten wir einen sozialistischen Staat erreicht. Aber diese Forderung läßt sich eben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht durchsetzen. Jedermann würde sich hüten, den Grund und Boden zu verkaufen, wenn der ganze Wertzuwachs an die Gemeinde fiel. Wir haben also nur die Forderung zu erheben, eine den Verhältnissen entsprechende Steuer auf den Wertzuwachs zu legen. Diese Forderung ist durchführbar, die Forderung des Vorderers aber ist praktisch undurchführbar. Man sagt, ein Teil unseres Programms betreffe die Reichsgesetze. Das stimmt. Die Forderungen des ersten Teiles werden gerichtet an die Gesetzgebung überhaupt, einerlei, ob Landes- oder Reichsgesetzgebung. Uebrigens hat der Landtag ja das Petitionsrecht an den Reichstag und kann die preussische Regierung zu Anträgen im Bundesrat auffordern. Wir können nicht unsere Stellung in jeder einzelnen Frage festlegen. Wir können nur bestimmte Grundzüge festlegen, innerhalb deren die Genossen stets das Richtige treffen werden, wenn sie sich von Klassenstandpunkt leiten lassen, wenn sie nie vergessen, daß sie Sozialdemokraten sind. (Stärm. Zustimmung.) Ein paar Worte über die Gehührensätze bei städtischen Unternehmungen. Die Auffassung, daß die Gemeinden Betriebe in eigene Regie nehmen sollten, erobert sich immer weitere Kreise. Aber ich möchte davor warnen, generell festzulegen, daß diese Betriebe kostenlos ohne Ueberflüssigkeit für die Gesamtheit arbeiten sollen. Es ist immer nur ein Teil der städtischen Bevölkerung, der diese Betriebe in Anspruch nimmt, und es liegt kein Grund vor, daß der andere Teil für diese mitbezahlt. Wir wünschen vielmehr, daß die Ueberflüssigkeiten für kulturelle Zwecke der Kommune verwandt werden. Natürlich sollen keine Monopolpreise genommen werden. Das Publikum darf nicht überbeten werden gegenüber der Privatindustrie. Wir können nicht alle komplizierten Fälle festlegen. Schließlich soll dies Programm doch nicht das Vertrauen zur Vernunft unserer Genossen befeuchten. (Sehr. Zustimmung.) Wenn wir

fordern würden, daß die städtischen Betriebe keinen Ueberflüssigkeit zu machen haben, würden wir geradezu die Vernunftlosigkeit eines Mißverständnisses. (Sehr. Zustimmung.)

Die Mann (Gannau) blüht, den Passus über die Zulassung der Umfassung zu streichen und ausbräutlich festzulegen, daß wir keine Wahl nur in Armenwahl, nicht als generelle Forderung verlangen. Silbarstein (Mildorf) schlägt sich der letzten Forderung an. Man denkt der freien Arztwahl nur zu leicht an Herrn Wugden. (Heiterkeit.) Unbedingt muß daran festgehalten werden, daß der Kleinwohnungsbau zugunsten des Kleinwohnungsbaus befristet wird. Umfassener und Gewerbesteuer sind vorläufig nicht immer zu entbehren. Es ist nicht einzusehen, warum Gas- und Elektrizitätsanlagen keinen Ueberflüssigkeit erzielen sollen. Gegenüber dem generellen Enteignungsrecht ist an den hochreaktionären Verwaltungskarakter dieser Städte zu erinnern.

Ziele (Galle) spricht seine Freude über das hohe Niveau der Debatte aus. Die Sozialdemokratie habe sich in den letzten 10 Jahren die Kommunalpolitik erobert, aber trotz aller Organe, die die Gemeindepolitik behandeln, fehle es doch an einer Zentralstelle, die das gesamte Material sammle. Der Referent beantragt, daß der preussische Parteitag eine solche schaffen möge.

Partels (Köln) polemisiert gegen Singer und verteidigt die Köhler Anträge auf vollkommene Bekämpfung des Wertzuwachses. Soweit die spezialisierten Anträge nicht in das Programm selbst Aufnahme finden, sollten sie wenigstens in einem Kommentar, ähnlich dem Ratstags zu dem Frankfurter Programm, Verwendung finden.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Dienstag vormittag verlegt.

Provinz und Umgebend.

Nieseberg vor seinen Wählern.

Der Reichstagsabgeordnete Nieseberg, Vertreter des Kreises Wangleben, will nach überaus anstrengender politischer Tätigkeit, nach erinndernden parlamentarischen Arbeiten wieder einmal zu seinen Wählern kommen, um mit ihnen selbst zu sprechen. So war denn für den Sonntag eine Versammlung in Lartun einberufen, die zum weitesten größten Teile von Arbeitern besucht war.

Herr Nieseberg begann damit, seinen Wählern zu erklären, daß er ein nationaler Mann sei, der sich auch der Unterstützung und des Vertrauens des Bauernstandes zu erfreuen habe, um dann zur Begründung seiner Stellung zu den einzelnen Gesetzesvorlagen überzugehen: Für den Sprachenparagrafen und gegen die Beteiligung jugendlicher Personen an politischen Versammlungen habe er gestimmt. Für die Tabaksteuer hat er gestimmt, weil nur die teuren Zigarren davon betroffen werden sollten, der Arbeiter kann also nicht belastet werden. In ähnlicher Weise verfuhr er alle übrigen Gesetze abzutun. In der Gesamtbestimmung habe er für die Finanzreform gestimmt. Nach 2½ Stunden langer Rede hatte Herr Nieseberg seinen Bericht beendet.

Dann nahmen die Genossen Gahn, Reichardt und Wunderling nacheinander das Wort, um in kurzen, markigen Ausführungen die falsche Mittelstandsfreundlichkeit des Gesetzgebers Nieseberg zu beleuchten. An der Hand eines Flugblattes, das die Nieseberger vor der Reichstagswahl herausgegeben, wurde nachgewiesen, daß der Herr Reichstagsabgeordnete für Wangleben von dem Versprochenen nichts gehalten habe. Damals wollte man der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht reißen, heute man Nieseberg nackt und bloß vor seinen enttäuschten Wählern aus dem Mittel- und Arbeiterstand. Nur die Reichsten und Allerreichsten hätten Ursache, mit ihm zufrieden zu sein.

Herr Nieseberg war durch diese Angriffe vollständig fassungslos geworden. Das Flugblatt habe er nicht geschrien, habe es auch damals nicht gelesen und er sei damit nicht einverstanden. In seiner Not bekannte er sich sogar als preussischer Wahlrechtsreformer, nur das Wort ließ er noch offen.

Genosse Wunderling verlas folgende Resolution:

Die heute, am 2. Januar 1910, in Lartun tagende öffentliche Versammlung nahm den Tätigkeitsbericht des Abgeordneten Nieseberg, des Vertreters des Kreises Wangleben, entgegen, bedauert jedoch seine Stellungnahme zu allen Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag vorlagen, im besondern seine Stellung zum Beamtenbesoldungsgesetz. Sie bedauert auch lebhafteste sein Verhalten und seine Abstimmung zur Finanzreform, die Erhöhung von Zöllen und neue Steuern brachte, die in übergroßer Maße den Handwerkerstand und die niederen Volksschichten bedrückte.

Eine Abstimmung, die eine einstimmige Annahme zur Folge gehabt hätte, wurde mit Rücksicht auf die „Verhältnisse“ nicht vorgenommen. Erklärte ja auch der Herr Vorsitzende, daß es für die fiskalischen Arbeiter unangenehm wirken könnte, wenn sie schließlich aus innerster Ueberzeugung der Resolution zustimmten. Sie könnten es, gemahnt werden.

Die Arbeiter von Lartun, denen man Sonntage um den Mund geschmiert hatte, haben die Augen geöffnet. Sie werden sie auch bis zu der nächsten Wahl offen halten. Vor Niesebergs „Rede“ wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Schließung der Bergwerke wendete.

Remsdorf, 4. Januar. (Lichtbilder-Vortrag.) Am Sonnabend dieser Woche findet im Lokale der Witwe Strumpf der erste Lichtbilder-Vortrag des Genossen Graf aus Berlin über „Die Entfaltung der Erde“ statt. Karten für alle Vorträge zum Preise von 75 Pf. für Männer und 50 Pf. für Frauen, auch Einzelkarten zum Preise von 25 Pf. sind beim Genossen Kurhmann, Dudauer Straße 52, zu haben.

Gardefegen, 4. Januar. (Lebensgefährliche Verletzungen) durch Verbrennung erlitt die 6 Jahre alte Tochter Erna des Arbeiters Schulz. Während die Mutter eine Aufwartestelle verließ, spielten die Kinder in der Wohnung mit einer zu Weischnüssen erhaltenen Kochmaschine. Um das Spiel interessanter zu machen, stellte eins der Kinder ein Wachlicht in die Maschine. Die kleine Erna, die eben erst das Bett verlassen und nur mit dem Hemdchen bekleidet war, kam nun beim Spiele dem brennenden Lichte so nahe, daß das Hemd von der Flamme erfaßt wurde und sofort Feuer faßte. Das Kind hat hierdurch am ganzen Oberkörper entsetzliche Brandwunden erlitten. Als die Mitbewohner des Hauses auf das Geschrei der Kinder hinzu-eilten, blieb ihnen nichts weiter übrig, als die Mutter zu holen und nach dem Arzte zu schicken, das dünne Hemdchen war dem Kinde buchstäblich vom Leibe heruntergebrannt. Der Arzt konnte als einzige Rettung nur die sofortige Ueberführung des Kindes ins Krankenhaus anordnen.

Halberstadt, 4. Januar. (Die Frauenabteilung) des Sozialdemokratischen Vereins hält am Donnerstag den 6. Januar bei M. Bollmann eine Versammlung ab.

(Eine Konferenz der Gemeindevertreter) unserer Partei im Wahlkreise findet am Sonntag den 9. Januar in Halberstadt in M. Bollmanns Lokal statt. Auf der Tagesordnung der Konferenz, die um 11 Uhr beginnt, stehen außer der Berichterstattung vom Parteitag durch den Genossen Partels (Wernigerode) ein Referat des Genossen Dr. Trohn und die Besprechung örtlicher kommunaler Angelegenheiten. An der Konferenz nehmen auch die Vorsitzenden der Filialen des Sozialdemokratischen Vereins teil, so daß außerdem eine Besprechung sonstiger Parteiangelegenheiten erfolgen wird.

(Die Jugendorganisation) hatte am Renntage im Gewerkschaftshaus einen Unterhaltungsabend veranstaltet, der von jung und alt zahlreich besucht war und sehr gut verlief.

Berey, 4. Januar. (Die Lokale) von W. Goldbach und J. Bonnes stehen der Arbeiterchaft zu Versammlungen noch immer nicht zur Verfügung. Goldbach kann angeblich von der Arbeiterchaft nicht befreit werden und bei Bonnes sollen die Arbeiter erst 1 Jahr verbleiben, dann will er „sehen“. So sieht man die Arbeiter an der

Mane herum; das heißt, wenn sich diese das gefallen lassen. Wenn sie sich aber zur Pflicht machen, solchen Witten keinen Pfennig ins Haus zu tragen, werden die Herzen bald anders pfeifen. In Verden steht uns das Lokal zur deutschen Eiche zur Verfügung. Dort zu verkehren und die Werbenen Genossen zu unterstützen, ist unsere Pflicht. —

(In der Silberkernacht) wurde hier großer Unfug verübt. Viele Postkörner wurden ausgehängt, eiserne Pfähle waren in den Straßen quer auf den Weg gestellt, so daß sich eine Frau beim Gehen darüber die Brust verletzete. —

Stuttgart, 4. Januar. (Vom Kalifornien) Am 31. Dezember hat ein Newyorker Telegramm der Welt mitgeteilt, daß zwischen den in Amerika weilenden Vertretern des Syndikats und den amerikanischen Abnehmern eine Einigung erzielt sei. Neue Telegramme belegen aber, daß diese Nachricht nicht vollständig richtig ist. Nur in einigen Punkten ist Übereinstimmung erzielt, man hofft aber auch bezüglich der andern Punkte auf eine Einigung. —

(„Fürstenhof“ = Boykott.) Die „Staßf. Stg.“ bringt folgende Notiz:

Die hier vielseitig aufgetauchte Erzählung, der Pächter des „Fürstenhofs“, Herr Brandt, habe die Bewirtschaftung des genannten Lokals aufgegeben, entbehrt jeder Begründung.

Das ist allerdings richtig, wenigstens bis heute. Wir möchten aber doch hinzufügen, daß Herr Brandt bei der Bewirtschaftung des „Fürstenhofs“ nicht eben viel seiner kostbaren Zeit zu verschwenden braucht. Das haben der Silberkernacht, der Neujahrstag und der letzte Sonntag wieder so scharf bewiesen, daß eben obiges Gerücht entstehen konnte, das wohl auch besondere Nahrung darin gefunden hat, daß selbst der Radfahrerverein Hl. Maria Brandt untreu geworden ist und seine Hebesiedlung nach Wachs Establishment beschloffen hat. Herr Brandt hat übrigens ein fabelhaftes Glück gehabt. Kaum ist er zwei Tage verheiratet, da bricht der Boykott über ihn herein und schenkt ihm Mühe zu den „seligsten“ Hüttermögen. —

Thale, 4. Januar. (Zum Leichenfund in Weddersleben.) über den die „Volksstimme“ schon telegraphisch berichtete, wird bekannt, daß es sich nicht um einen Mord, sondern um Selbstmord handelt. Die Verstorbene war Zusage der Anstalt „Guadental“ bei Thale. Sie soll in einem Anfall von Schwerkopf am Sonntag nacht sich aus der Anstalt entfernt haben. Augenzeugen, die die Leiche gesehen haben, behaupten, daß sie starke blaue Schwielen und Flecke am ganzen Körper aufwies. Es würde deshalb im öffentlichen Interesse liegen, diese Gerüchte nachzuprüfen. Sind die Verlesungen in Wirklichkeit vorhanden, so dürfte wohl jetztzustellen sein, wo von sie herrühren und wo sie der Verstorbene beigebracht wurden.

Kleine Chronik.

Eine Köpenidiade in Heizen.

In dem zum Kreise Groß-Gerau gehörigen, etwa 1000 Seelen zählenden ländlichen Orte Heizen wurde am Silvesterabend ein Streich verübt, der lebhaft an den Klug des Hansmanns von Köpenick erinnert. Gegen 6 Uhr abends erschien ein etwa 25 Jahre alter Mann im Hause des Gemeindevorstandes Frießl und erklärte, in der Oberrechnungskammer zu Darmstadt sei ein anonymes Brief mit der Anzeige eingelaufen, daß in der Heizenheimer Gemeindefolge Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. So ließ es ihm an, er müsse eine Revision der Kasse vornehmen. Zwei andere Herren, Beamte der Oberrechnungskammer, seien mit dem Automobil bereits unterwegs und würden in kurzer Zeit eintreffen. Verblüfft holte der Gemeindevorstand die Bücher und den Kassenbestand herbei und zahlte das Geld auf. Der „Herr Revisor“ prüfte und ließ mehrere Belege herbeiholen, um endlich zu erklären: „Da beruhigen Sie sich, Herr Gemeindevorstand, es ist ja alles in bester Ordnung. Ich will nur einmal bei Schulz (einer Wirtschaft in der Nähe des Frießl'schen Hauses) nachfragen, die Herren müssen jetzt da sein. Wenn Sie unterzeichnet

haben, ist diese leidige Affäre aus der Welt geschafft.“ Sprach's und ging, während der Gemeindevorstand zitternd über die Schlechtigkeit der anonymen Anzeige nachdachte und auf die Rückkehr des „Herrn Revisors“ mit seiner Begleitung wartete. Aber er mußte lange warten, und immer noch kamen keine Beamten. Endlich schloß er Verdacht, und als er sein Geld nachzählte, fehlten 500 Mark. Der Gemeindevorstand war mit seiner Vertrauensseligkeit einem Betrüger zum Opfer gefallen. Der Schwindler hatte, wie auch spätere Feststellungen ergaben, die Oppenheimer Fähre über den Rhein benutzt und war verschwunden. Der geprellte Gemeindevorstand, der nicht einmal eine Legitimation von dem angeblichen Revisor verlangt hatte, wird den Schaden decken müssen. —

Abenteuer im Harz.

Aus Blankenburg im Harz wird gemeldet: Hier traf, aus dem Harze kommend, ein etwa 30jähriger Fremder ein, der so erschöpft war, daß er sich nicht mehr auf den Füßen zu halten vermochte. Einem mitleidigen Einwohner, der ihn zunächst in sein Heim aufnahm und ihn mit Speise und Trank erquidete, fiel es auf, daß die Kleidung des Gastes mit Blut besudelt war. Beim Deffnen des Rockes zeigte es sich, daß die Weste und die ganze Unterleibung über und über mit Blut durchtränkt waren. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Fremde durch einen Schuß in die Brust verwundet war. Auf Befragen erklärte er, nicht zu wissen, wie er zu dieser Verletzung gekommen sei; doch vermisse er seinen Revolver, dessen Futteral und ein Portemonnaie mit Geld sich in seinen Taschen vorfanden. Der Unbekannte gab ferner an, daß er ein Schmied aus Berlin sei, der die Zeit der Weihnachtsruhe zwischen Weihnachten und Neujahr zu einer Harz-tour benutzt habe. Hierbei verlor er sich in der Nacht verirrt und im Walde genächtigt haben. Der Verwundete wurde dem Krankenhaus zugeführt. Die näheren Umstände sprechen dafür, daß er sich die Schußverletzung selbst beigebracht hat. —

Der Tod auf den Schienen.

Auf schreckliche Weise ist der Arbeiter Ross auf dem Bahnhof Mülheim a. d. Ruhr um sein Leben gekommen. Er wollte nach der Abstufelung eines Wagens zur Seite des Gleises treten, blieb aber mit einem Fuß in der Weiche hängen. Ross schrie verzweifelt um Hilfe, da mehrere Wagen heranrollten. Indessen seine Rufe verhallen ungehört in der Nacht, und so mußte denn der Arme dem Tod ins Auge sehen. Er wurde durch die über ihn fahrenden Wagen so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. —

Die streitenden Weßbuben.

Die kleine Gemeinde Verchem unweit Antwerpen ist seit einigen Tagen in hellem Aufruhr. Es ist dort ein eigenartiger Zustand ausgebrochen, der die Gemüter erhitzt und der sich während der Weihnachtsfesttage ganz besonders fühlbar machte. In der Kirche des heiligen Willibrord streift das gesamte Personal. Vom Glöckner bis zum Küster herauf will keiner mehr seine Funktion verrichten. Selbst die Weßbuben haben sich der Bewegung angeschlossen und auch die ehrjamen Schließerrinnen. Grund: der Herr Pfarrer hat auf Veranlassung seiner Köchin einen Chorfänger, der ihr den Respekt verweigerte, kurzerhand davongejagt. Alle erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch, und deshalb stockt in Verchem seit 5 Tagen jeglicher kirchliche Betrieb. Auch der Bürgermeister konnte den Streit nicht schlichten. Denn weder des Pfarrers Köchin noch der Chorfänger wollen nachgeben. Und so hat man schließlich dem Kardinal-Erzbischof Mercier in Mecheln die Akten eingeschickt, damit er Frieden schaffe. —

Das Drama von Meyerling.

Der gleiche Anonymus „Dr. P.“, der schon einmal im Pariser „Ratin“ für die Prinzessin Luise eingetreten war, enthielt in dieser Zeitung die angebliche Wahrheit über die Tragödie von Meyerling. Ein Jagdhüter in dem kleinen Schloß soll zu einer Orgie geworden sein, bei der Kronprinz Rudolf angeblich in der Trunkenheit der Baronin Bettjara eine beleidigende Zumutung stellte. Sie soll sich geweigert haben, der Prinz wolle sie angedlich zwingen; ein Wortwechsel sei entstanden, und die Bettjara habe dem Prinzen ein Glas ins Gesicht geworfen, so daß ihm das Blut über die Stirn floß. Darauf

habe der von Mut und Wein fast brennende Kronprinz einen Revolver aus der Tasche gezogen und die Baronin Bettjara niedergeschossen. Die Tischgenossen sollen entsetzt auf den Prinzen eingestiegen sein, um ihm die Waffe zu entwenden. Eine Schlägerei sei entstanden, bei der jemand schließlich dem Kronprinzen durch einen Hieb mit einem schweren Beuchter den Schädel eingeschlagen hätte. Wer den Schlag führte, weiß der anonyme Freund der Prinzessin Luise nicht. Er deutet es nur an. Auch diese Version der traurigen Geschichte ist nicht neu. Sie wurde schon vor Jahren in einem Buch erzählt, das in der Schweiz erschienen ist. —

Die Erde und der Halleysche Komet.

In der englischen Astronomischen Gesellschaft äußerte sich A. C. D. Crommelin über den Halleyschen Kometen. „Beunruhigt der Komet eine außerordentliche Schnelligkeit zeigt, so ist er doch von so geringer Dichtigkeit, daß wir auch nicht den geringsten Schaden nehmen würden, wenn wir den Kopf des Kometen in der Mitte durchkreuzten. Voraussetzlich wird die Erdbahn den Lauf des Kometen durchschneiden. Seit dem Jahre 240 vor Christo wissen wir von dem riesigen Schweife dieses Kometen, der Millionen von Meilen lang ist. Aber die Dichtigkeit dieses Schweifes muß sehr gering sein, denn als im Jahre 1861 die Erde den Schweif durchkreuzte, empfand man erst nachher von dieser Tatsache.“ —

Berurteilung eines Geisterbeschwörers.

Der Geisterbeschwörer, Homöopath und Spiritist Adolf Gottschalk aus Kassel wurde nach kundenlanger Verhandlung von der dortigen Strafkammer wegen Betrugs und Kurpfuscherei zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Gottschalk hatte Krankheiten aller Art durch das Beschwören guter Geister und durch Fingerzuckeln kurirt. Besonders vom Bunde her hatte er vielen Zuspruch, und seine „Kunst“ sicherte ihm große Einnahmen. Nicht weniger als 104 Zeugen waren zur Verhandlung vorgeladen worden. —

Das Ende der Marskanäle.

Aus London wird berichtet: Die phantastischen Schilderungen von den lebenden Bewohnern des Mars und ihren gewaltigen Kanalbauten sind zu Ende; in der letzten Sitzung der englischen Astronomischen Gesellschaft hat der Leiter des Greenwich-Observatoriums E. W. Maunder erklärt, daß auf dem Mars Kanäle nicht existieren und daß alle Geschichten von den Marsbewohnern nichts anderes sind als phantastische Einbildungen. Es wurden die neuen Marsphotographien vorgelegt, die der bekannte amerikanische Astronom Professor Hale von seinem Observatorium auf dem Mount Wilson in Kalifornien mit Hilfe seines sechzigzölligen Teleskops gewonnen hat. „Die Kanäle treten auf diesen Photographien nicht auf“, so bemerkte der Gelehrte trocken. Die Erklärung dafür ist, daß das Teleskop zu stark war, um sie wiederzugeben. Die neuen Photographien bedeuten einen gewaltigen Fortschritt gegen alle bisher möglichen Marsaufnahmen, aber von den Kanälen ist nichts geblieben. Sie erklären sich als optische Täuschungen, die dadurch entstanden sind, daß durch die Konstellation dunkler Flächen auf der Marsoberfläche das Auge Kanäle wahrzunehmen glaubt. Einen wirklichen Grund zu der Annahme, daß diese Erscheinung an der Marsoberfläche ein Werk künstlicher Arbeiten sei, hat es nie gegeben. Nur das Sensationelle des Gedankens konnte es möglich machen, daß die phantastische Annahme so viel diskutiert wurde. —

Briefkasten.

Quittung. Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Folgende Parteibeträge gingen ein: Von Wedringen 14 Mk., Althaldensleben 60 Mk., Sundsbürg 42,52 Mk.

Mit Gruß Stephan Dürre.

Quittung. Dickerleben. Für die Schweden gingen ein: Holzarbeiter, L. 44 6,50, L. 34 3,80. Metallarbeiter, L. 26 15,—, L. 27 5,80, L. 28 10,70. Bergarbeiter, L. 43 3,—. Summa 35,95 Mark. Bisher abgeliefert 130,95. Gesamtsumme 166,90 Mark. Wir schließen hiermit die Sammlung und bitten alle ausstehenden Bisten abzuliefern. — E. 3 o f t, Kartellkassierer.

Waschen Sie schon mit

Raucht

„Kleine Sachsen“

beste

2-Pf.-Zigaretten!

Kluges

Seifensulmiak?

Pflaumenmus

Das Pfund zu 15, 20 u. 25 Pf

Fabrik Leipziger Str. 14.

Finger-Rührmaschine, Label

100 nebend, f. 12 Pf. u. verlaufen

Säke, Goldschmiedstraße 5 u. 17

Konsum-Verein

für Magdeburg u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

In Mittwoch nachmittags

frischer Seefisch

das Pfund 20 Pf.

Leih-Haus

Adolph Meibels

Apfelstraße 16, L.

(Gegr. 1881)

Höchst-Belohnung

jeder Beschädigung

Straflos Verkauft

Gänsepökelfleisch

Reiten nur 80 Pf. das Pfund

Rücken „ 70 „

Leihhaus Max Eckstein

8 Marktstraße 8

Straße in der Nähe des Hauptbahnhofs

Neu! Neu!

„Bazara“

feinste

3-Pf.-Zigaretten!

In Qualität vorreicht.

Büchse

in allen Größen

Paul Scholz



Trauer Hüte

Blusen

Röcke

Schleier

Flore

Handschuhe

etc.

Lange & Münzel

51a Breitweg 51a

Gesellschaftshaus

Zur Krone

Alte Neustadt, Moldenstr. 43/45

Reinigung der gewaschenen Wäsche und Bekleidungsgegenstände

Heinrich Bahre.

Achtung!

Starke Kanarienhähne und -weibchen, bezahle à 3,50 bis 4,00 Mk. gute günstigen Bedingungen eingestellt nach Gefang.

K. Fischer, Annastraße 25.

Gasthöfe und Restaurationen

mit nachweisl. großem Bierumsatz

Material-Geschäfte

mit Konzeption, großem Bier- und Branntweinverkauf, mit Hausgeschäften und mit Dreifloß zu verkaufen und zu verpachten

Karl Fölsch, Warte Nr. 4

Verkehr, seit 1885 bestehendes Vermittlungsgesch. in Magdeburg

Neu! Neu!

„Helle Sachsen“

feinste

2 1/2-Pf.-Zigaretten!

In Qualität vorreicht.

Otto Lehmann :: Sudenburg ::

Halberstädter Str. 112

Spezialgeschäft für Wäsche

empfehlen

doppelt gereinigte Bettfedern u. Daunen sowie fertige Betten

Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Sudenburg

Billige Schuhe

Halberstädter Str. 111

früher Schuhhaus Chr. Rohde

Maschinenarbeiter, Stepperinnen

für feinste Rahmenarbeit bei hohem Lohn und dauernder Stellung können sofort eintreten

Hugo Bartsch Schuhfabrik **Hirschberg i. Schl.**

Wurstkockkrüge

in allen Größen vorräthig

Herm. Bruns, Buckau.

Schönebeck. Wurst! 2856

Lehrlinge achtbarer Eltern, welche die Wurstkockkrüge unterrichten wollen, werden unter günstigen Bedingungen eingestellt.

K. Kuhn, Wurstdirektor.

Altenleben Lemsdorfer Straße 12

Raucht

„Kleine Sachsen“

beste

2-Pf.-Zigaretten!

A. C. Der Arbeitsmarkt in der Maschinenindustrie liegt noch immer äußerst unglücklich; es kann im allgemeinen noch nicht einmal der vierte Teil der Beschäftigungsuchenden darauf rechnen, Arbeit zu erhalten. Daburch verliert die geringe Besserung der Lage, die ja zweifellos gegenüber dem Winter 1908/09 eingetreten ist, für die Arbeiter sehr an Bedeutung. Denn es kommen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich noch immer 475,6 Arbeitsuchende gegen 583,2 im Jahre 1908. Ganz empfindlich übersteigt in Hamburg das Angebot von Maschinenschlossern die Nachfrage; der November brachte hier einen Andrang von nicht weniger als 1332 Arbeitsuchenden. Etwas weniger schlimm, aber doch auch noch sehr stark ist der Ueberfluß, der im Großherzogtum Baden an Maschinenschlossern besteht: es kamen hier auf je 100 offene Stellen noch 1070 Arbeitsuchende. In der Provinz Sachsen besteht ebenfalls noch ein empfindliches Ueberangebot; auf je 100 offene Stellen kamen 922 Arbeitsuchende. In der Maschinenindustrie Schleswig-Holsteins belief sich der Andrang auf 776; er ist zwar beträchtlich geringer als in den angrenzenden Landesteilen, aber doch noch sehr bedeutend. Elbafischhingen weist sogar noch einen etwas höheren Andrang auf; er betrug hier 827. An letzter Stelle kommt der Höhe des Andrangs nach Hessen-Nassau, wo auf je 100 offener Stellen durchschnittlich 647 Arbeitsuchende kamen. Bientlich auf gleicher Stufe steht der Andrang im Rheinland; es boten sich hier im Durchschnitt für je 100 offene Stellen 610 Maschinenschlossern an. Es folgen weiter mit einem Andrang von 554 Mittelberg, mit 528 Hessen, mit 497 Brandenburg, mit 473 das Königreich Sachsen, mit 452 Berlin, mit 445 Westfalen und endlich mit einem Andrang von 307 Hannover. Unter 300 bleibt der Andrang in keinem einzigen Landesteil, in dem die Maschinenindustrie einige Wichtigkeit hat.

In freien Stunden sollen die Arbeiter sich auch der geistigen Erholung hingeben. Was ist dazu wohl geeigneter als ein gutes Buch oder eine Zeitschrift, die in jeder Beziehung einwandfreie Vorteile verbürgt? Eine solche Zeitschrift ist die im Vorwärts-Verlag zu Berlin erscheinende „In Freien Stunden“. Für Magdeburgs Leser von ganz besonderem Interesse ist, daß die Unterhaltungszeitschrift unserer Partei mit dem Abbruch des preisgekrönten Romans „Die Abendburg“ beginnt, dessen Schauplatz zum großen Teil die Stadt Magdeburg ist. Der heutigen „Volkstimme“ liegt ein Prospekt über „In Freien Stunden“ bei, den wir der Beachtung unserer Leser eindringlich empfehlen.

Die Wirtschaft „Zur Salzgäule“ schenkt einen neuen Pächter zu bekommen. Der bisherige langjährige Bewirtschafter Herr Albert Zoburg ist krank und hat dem Magistrat mitgeteilt, daß er seines Gesundheitszustandes wegen nicht mehr in der Lage ist, die bei den Magdeburgern und Fremden gleich beliebte Wirtschaft weiterzuführen. Als seinen Nachfolger hat Herr Zoburg den Restaurateur Erwin Hellner in der Friedrichstadt vorgeschlagen, dessen Vertretung der Stadtverordneten-Versammlung untersteht. Der Vertrag der Stadt mit Herrn Zoburg läuft erst am 31. März 1915 ab. Bis dahin bleibt der bisherige Pächter der Stadt noch verpflichtet.

Anmeldung der Ab-Schützen. Die städtische Schuldeputation macht bekannt: Die Anmeldungen der schulpflichtigen Kinder zu Ostern 1910 sind für die Vorbereitungsschule, höheren Mädchenschulen — soweit bei diesen die Anmeldung nicht bereits stattgefunden hat — sowie für die Bürger- und Volksschulen in der Zeit vom 10. bis 22. Januar d. J. in der betreffenden Bezirksschule zu bewirken. Für die St.-Johannis-, St.-Jakobi-, St.-Petri-, St.-Katharinen- und V.orschule sind die Anmeldungen bei den betreffenden Lehrern vom 10. bis 15. Januar d. J. vorzunehmen. Zur Anmeldung zu bringen sind sämtliche Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904 geboren sind, sowie alle diejenigen älteren Kinder, die wegen Krankheit oder ungenügender körperlicher Entwicklung vom Schulbesuch befreit werden müssen. Sollten Eltern darüber im Zweifel sein, zu welchem Schulbezirk ihre Kinder der Wohnung nach gehören, so haben sie entweder bei den Schulleitern oder im Schulverwalteramt — Zimmer Nr. 18 des Dienstgebäudes bei der Hauptwache 4/6, 2 Treppen — oder in den Rathhäusern der Vororte Auskunft einzufolien. Bei den Anmeldungen sind die Geburts-, Tauf- und Taufschein der Kinder vorzulegen. In Stelle der Geburts- und Taufschein werden auch die vom Standesamt beurkundeten Eintragungen in die Familienkammbücher als genügender Ausweis anerkannt. Sollten sich unter den zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kindern solche befinden, die krank oder in der körperlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, so ist die Befreiung derselben vom Schulbesuch entweder schriftlich unter Vorlegung eines Arzt-Bezeugnisses oder mündlich unter persönlicher Vorstellung der betreffenden Kinder, und zwar für die altstädtischen Schulen im Schulverwalteramt — Zimmer Nr. 18 des Dienstgebäudes bei der Hauptwache 4/6 —, für die Schulen von Sudenburg, Neustadt und Buckau in den dortigen Rathhäusern für Rothenjers an der dortigen Amtsstelle nachzusuchen. — Es sei zu der Bekanntmachung wiederum bemerkt, daß die Verbringung eines Laufscheins nicht zwingende Vorschrift ist.

Vom Hochwasser der Elbe. In der Nacht zum Dienstag hatte die Elbe mit 3,28 Meter ihren Höchststand erreicht, ist also um ein wenig unter der von der Hydrographischen Landesanstalt in Prag resp. der Elbstrombauverwaltung vorhergesagten Höchstgrenze zurückgeblieben. Seit Dienstag mittag ist schon wieder etwas Fall eingetreten, der im Laufe des Tages sich noch vergrößern wird. Da von den oberen Plätzen bereits wieder 161 Zentimeter Fall gemeldet werden, liegt irgendwelche Gefahr nicht mehr vor. Der Mangel an hochwasserfreien Lagerplätzen in Magdeburg hat sich auch bei dem letzten Hochwasser wieder in recht empfindlicher Weise bemerkbar gemacht.

Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 19. bis 25. Dezember 1909 die Zahl der Lebendgeborenen 51 männliche, 42 weibliche, zusammen 93; Gestorbenen 33 männliche, 32 weibliche, zusammen 64; innerhalb der Stadt Umgezogene (nach den Zugzugsmeldungen) 228 männliche, 205 weibliche, zusammen 433; von auswärtig Zugezogene 160 männliche, 129 weibliche, zusammen 289; nach auswärtig Fortgezogene 191 männliche, 151 weibliche, zusammen 342; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 72 männliche, 48 weibliche, zusammen 120; Eheschließungen 30.

Zur Weltausstellung in Brüssel. Der Vorstand des Kunstgewerbevereins in Magdeburg hat den Magistrat gebeten, die Kosten, welche den auf der Brüsseler Weltausstellung 1910 vertretenen Magdeburger kunstgewerblichen Firmen durch den Transport und die Aufstellung der auszustellenden Gegenstände entstehen werden, ganz oder zum größeren Teil auf die Stadtlast zu übernehmen. Diese Kosten, die nur den Transport und die Aufstellungsarbeiten betreffen, werden sich auf etwa 8000 Mark belaufen. Ausgestellt werden vier Zimmereinrichtungen, darunter das offizielle Zimmer für die Presse und das Zimmer für die Zeitungsüberleger. Der Magistrat hält es für eine Ehrenpflicht der Stadt Magdeburg, daß sie im Interesse der Förderung des heimischen Kunstgewerbes die erbetene Beihilfe bis zum Höchstbetrage von 8000 Mark gewährt. Die Mittel sollen aus den Sparkassenüberschüssen des Jahres 1909 entnommen werden. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich damit einverstanden zu erklären.

Die Invaliden-Rentenempfänger Magdeburgs wollen auch in Anbetracht der Leistung und Aufbesserung der Rente einkommen und liegen Petitionslisten zur Einzeichnung im Lokal des Herrn Müller, Schwandorfer Straße 11a, parterre, aus.

Die Sanitätsabteilung der Feuerwehrt trat im Monat Dezember 231 mal in Tätigkeit; davon wurden die Krankenwagen 228 mal in Anspruch genommen.

Eine Warnung vor den brasilianischen Bahnarbeiten erläßt nun auch die Hamburger Polizeibehörde. Sie schreibt: Seit einiger Zeit ist in Para in Brasilien das Gerücht verbreitet, daß neuerdings 5000 deutsche Arbeiter zum Bau der Mamoré-Bahn angeworben werden sollen. Nach den übereinstimmenden Berichten der zurückgekehrten Arbeiter werden die Verträge, die in Deutschland mit den Eigentümern geschlossen worden sind, im brasilianischen Urwald für nichtig erklärt und die Arbeiter zum Abschluß von Verträgen angehalten, die bedeutend ungünstigere Lohnbedingungen enthalten. Die bisher angeworbenen Arbeiter sind in ihrer Hoffnung, dort lohnenden Verdienste zu finden, nicht nur getäuscht, sondern auch infolge des ungünstigen Klimas, des teuern Lebensunterhalts und der unzureichenden Ernährungswirtschaft die härtesten Entbehrungen ausgesetzt. In der Regenzeit wird die Arbeit, die im Nord zu leisten ist, fast unmöglich gemacht; der Lohn wird sehr gering, und die Arbeiter verschulden mehr und mehr. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Bahngesellschaft, die den Arbeitern nach einjähriger Tätigkeit kontraktlich zustehende freie Rückbeförderung ablehnen wird, mit der Begründung, daß diese Kosten auf die Schulden in Anrechnung gebracht werden müssen. Am dem Abend beim Bahnbau zu entgehen, werden viele Arbeiter auf selbstgefertigten Flößen den Amazonenstrom nach Manaus hinabgetrieben und wurden hier, vollständig erschöpft und dem Hunger nahe, vom deutschen Konsul nach der Heimat geschickt. Von den 50 in Manaus eingeschifften Leuten sind am 12. Dezember nur 88 in Hamburg gelandet worden; mehrere starben auf der Reise, andre mußten unterwegs in Hospitäler gebracht werden, und 14 von den zurückgekehrten wurden in Hamburg wegen Malaria dem Lopenrankenhaus überwiesen. Von weiteren 88 Mann, die mit dem Dampfer „Mactia“ eingeschifft waren, trafen zu Weihnachten hier nur 61 ein, die fehlenden waren infolge Herzschwäche nach Malaria auf der Heimreise verstorben. Nur der ausdauernden Fürsorge des Kapitäns Muzel, seines Schiffsarztes Dr. Luz und des Schiffsbesatzung ist die Verhütung einer noch größeren Sterblichkeit zu danken. 42 der Gelandeten mußten sofort den hiesigen Krankenhäusern zugeführt werden, meistens inwischen einige gestorben sind. Die Behörden nahmen sich auch der zwar Gefunden, aber vollständig Mittellosen an, denn teilweise selbst die notwendigsten Bekleidungsstücke fehlten. Sie erhielten Unterstützung aus Spenden, die Private der Auswandererbehörde zur Verfügung gestellt hatten, Reisegeld aus öffentlichen Mitteln oder, soweit sie hier bleiben wollten, Unterkunft in den Asylern. Ein noch größerer Trupp soll demnächst zurückgeschickt werden. Vor der Anwerbung zu den Arbeiten an der Mamoré-Bahn kann daher nicht dringend genug gewarnt werden.

Geld unter die Rente brachten am Dienstag vormittag einige im „Magdeburger Hof“ hier wohnende Herren aus Ungarn, die sich an dem Weitschwimmen hier beteiligt hatten. Die Uebermüdigten gaben ihrer Verachtung des elenden Mannes dadurch Ausdruck, daß sie neben andern Dingen auch Geld, allerdings nur Scheidemünzen, mit vollen Händen auf die Straße warfen. Es wäre auch nicht lange, da wälzten sich so viel Menschen im Straßenschmutz, daß die Straßennaher kaum durchkam und die Polizei einschreiten mußte. Nach langer nachher umstandenen Dugende von halbwüchsigen Burken das Spiel, die auf eine Wiederholung des Geldwerfens warteten, allerdings vergeblich.

Die größte schwimmsporliche Veranstaltung, die Deutschland je gesehen hat, fand am Sonntag und Montag in Magdeburg im Wilhelmshafen statt. Es handelte sich um einen Länderwettkampf zwischen Deutschland und Ungarn, der arrangiert war von dem Magdeburger Schwimmklub „Hellas“. Der Klub „Hellas“ zählt die tüchtigsten Schwimmer Deutschlands, wenn nicht der Welt, zu seinen Mitgliedern. Auf den kurzen Strecken zeigten sich auch am Sonntag und Montag die Deutschen als die Ueberlegenen, während auf den längeren Strecken die Ungarn die Palme des Sieges davontrugen.

Zusammenstoß. Gestern nachmittag gegen 1 Uhr hat am Kaiser-Damm ein Zusammenstoß zwischen dem Lastkraftfahrzeug einer hiesigen Fabrik und einem mit 2 Pferden bespannten Sattelmännchen stattgefunden. Es wurde dabei eine Straßenlaterne umgeworfen und vollständig zertrümmert, ferner wurde die Reichel des Fahrwerks zerbrochen und ein der Pferde nicht unerheblich verletzt. Die Schuld des Zusammenstoßes wird dem Fahrer des Kraftfahrzeugs zur Last gelegt.

Gestohlen wurden hier am 31. v. M., nachm. gegen 6 Uhr, von einem in der Helmstedter Straße aufgestellten Wagen eines hiesigen Spektors eine Kiste, enthaltend Kleidungsstücke und Wurstwaren; am 2. v. M. aus einem unverschlossenen Stalle in der Fichtestraße eine Gans; an demselben Tage aus einem Lokal am Breiten Weg ein Damennittel, an Stelle des gestohlenen ist ein minderwertiger Mantel zurückgelassen worden; ferner von der Galerie eines Tanzlokals vor dem Urichstor ein Herbsüberzieher und ein Filzhut, ebenfalls an demselben Tage aus einem verschlossenen Zimmer in der Rotterdorfer Straße eine goldene Damen-Remontuhr.

15 000 Mark verloren. Einen erheblichen Verlust erlitt gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein hiesiger Privatmann, indem ihm auf dem Wege vom Kaiser-Wilhelm-Platz durch die Deumont-, Kaiser-, Kronprinzen- und Bahnhofsstraße bis zur Ecke der Viktoriastraße aus jener Tasche 15 Eintausendmarktscheine verloren gingen.

Festgenommen wurden die schon mehrfach wegen Eigentumsvergehens bestrafte wohnungslose Frida B. von hier, die gestern nachmittag aus einer unverschlossenen Wohnung in der Kleinen Schulstraße ein Portemonnaie mit Inhalt gestohlen hat, und der Freizeitlehrer Erich P., der in Osterbedingen einen Diebstahl von 60 Mark barem Gelde ausgeführt hat.

Von der Feuerwehrt. Im Monat Dezember wurde die Hilfe der Feuerwehrt 43 mal in Anspruch genommen, und zwar 26 mal bei Bränden, 5 mal bei blindem Lärm und 12 mal zu andern Hilfeleistungen. Unter den Bränden waren 5 Mittelfeuer, 10 Kleinf Feuer und 2 Schornsteinbrände.

Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 3. Januar stattfindende Konzert des städtischen Orchesters im „Friedrichshof“ sei nochmals hingewiesen. Zur Mitwirkung ist das Magdeburger Konzert-Quartett, bestehend aus den Herren Aulich, erster Tenor; Keller, zweiter Tenor; Wiese, erster Bass; Lager, zweiter Bass, gewonnen worden.

Stadttheater. Die Nachfragen nach Billetten zu Aufführungen von „Herr Dandelfack“ sind andauernd so stark, daß die Direktion sich veranlaßt sieht, alle noch verfügbaren Abende des Monats der glücklichen Novität zur Verfügung zu stellen und sie am Donnerstag den 6., Freitag den 14., Donnerstag den 20. und Sonntag den 30. d. M. zu geben. Die mit so großem Jubel aufgenommene neu einstudierte Singspiel „Robert und Veritum“ soll, mit den Herren Wühlhofer und Baum in den Titelrollen, noch einmal gegeben werden, und zwar am Montag den 10. d. M. Verdis neu einstudierte große Oper „Tosca“ wird am nächsten Freitag wiederholt.

Wilhelm-Theater. In der heutigen Vorstellung und in den nächsten Wiederholungen spielt Herr Meyers den Dabich Stavros, nachdem Herr Rosen sein erfolgreiches Gastspiel als solcher beendet hat. Die Dugendarten haben nun wieder Gültigkeit. Für den Sonntag abend wird die bereits hier vom Centraltheater her bekannte Operette „Ein Herbstmännchen“ einstudiert. Allgemeine Wünsche entsprechend, sollen in nächster Zeit wieder mehrere Wiederholungen von der Novität „Die geschiedene Frau“ sein.

Lombard-Theater. Das neue Programm ist von einigen Ausnahmen abgesehen, auf einen frohen und heiteren Ton gestimmt. Die Vorstellung einer heiteren Schlittenpartie, aufgenommen an irgend einer Stelle des Harzes oder des Thüringer Waldes, hat die Anwesenden, besonders die Jugend, vor Freude in die Hände klatschen. Nicht minder humorvoll sind: „Die drei Duellen“ und „Reimanns

Reinachten“. Weiterhin gelangen das Reigenprogramm des Reigenabends und das bekannte Ballett „Madame Sans-Pain“ zu der Vorstellung. Einige Loblieder, Gesänge aus der Oper „Die Zigeunerin“ und der Operette „Die Fuppe“ vervollständigen in bester Weise das ansprechende Programm.

Letzte Nachrichten.

Preussentag.

Zweiter Tag, Vormittag.

Spö. Berlin, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die Diskussion über das Kommunalprogramm wurde heute fortgesetzt. Sie beschäftigte sich besonders mit der Gewerbesteuer, den Ueberschüssen aus städtischen Betrieben und dem Ausbau der Kranken- und Armenfürsorge.

Gebele (Bremen) stellt fest, daß auch er für Ueberschüsse in bestimmten Betrieben sei. Die Forderung von Armenorten sollte man streichen, bis nachgewiesen sei, daß die jetzige Beschäftigungsart gesundheitsschädlich ist, oder bis die Städte nicht mehr in der Lage sind, Friedhöfe zu schaffen.

Leinert (Hannover) hält die Besteuerung von Gewerben für angebracht, die aus der Entwicklung der Städte Nutzen ziehen.

Hoffmann (Bielefeld) ist für Streichung der Forderung auf freie Arztwahl.

Ziele (Halle) wünscht, daß die Unfälle in den Stadt- und Landgemeinden statistisch festgestellt und alljährlich veröffentlicht werden.

Burm verbreitet sich über direkte und indirekte Besteuerung. Die Gewerbesteuer wirkt zwar indirekt, grundmäßig dürfte man sie aber nicht ablehnen. Ein Ersatz dafür ist schwer zu finden.

Zu seinem Schlußwort geht Genosse Hirsch näher auf die geäußerten Bedenken ein und bittet den Entwurf nicht zurückzugeben. (Die Beratung geht weiter.)

Schöneberg-Berlin, 4. Januar. Zum Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung wurde in der gestrigen Sitzung der liberale Landtagsabgeordnete Justizrat Reinbacher einstimmig gewählt. Die Wahl des stellvertretenden Stadtverordneten-Vorstehers fiel auf den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Mollenhuth.

Wb. Berlin, 4. Januar. Bei der Verfolgung von Einbrechern erschoss heute früh der Kriminalkommandant Brunne einen der Diebe, als dieser einen Beamten mit einem Hammer niederschlagen wollte. Der Erschossene ist der etwa 20jährige aus Wernau gebürtige Bauarbeiter Hermann Schröder.

Wb. Weimar, 4. Januar. Der Großherzog hat anlässlich seiner heutigen Vermählung eine Amnestie erlassen. Diese umfaßt die bis zum 4. Januar ergangenen Urteile wegen Uebertretungen oder Eigentumsvergehen, die mit Haft oder Gefängnis bis zu 2 Monaten oder Geldstrafen bis zu 300 Mark geahndet sind.

Hd. Kassel, 4. Januar. In dem D-Ruge Berlin-Kassel-Frankfurt a. M. erschoss sich in der Nähe der Station Eisenberg die 28jährige Telephonistin Gertrud Weiland aus Berlin. Als dort auf der Station Passagiere den Zug besteigen wollten, fanden sie die junge Dame mit aufgeschlagenem Kopfe tot auf dem Puffer liegen. Ueber das Motiv der Tat ist nichts bekannt.

Hd. Eriex, 4. Januar. Ein von Fettingen in Vurgenburg kommender Frühpersonenzug fuhr infolge dichten Morgennebels bei der Einfahrt in den Bahnhof Esch auf einen Güterzug auf. Ein Maschinist und eine ältere Frau erlitten Verletzungen, 5 Güterwagen wurden schwer beschädigt.

Hd. New York, 4. Januar. Neithoff war gestern der Schauplatz eines echten Wildwest-Gewaltaktes. Das Drama spielte sich in der Nähe des Broadway ab. Während eines öffentlichen Balls in der „Ehrichhalle“ drangen fünf Männer, welche man für Mitglieder der berühmtesten Kellhande hält, in den Saal ein und fingen an, wie toll a u ihnen persönlich verfeindete Mädchen zu schreien. Der ganze Saal war sofort in Aufruhr. In wilder Panik stürmte alles den Ausgängen zu, die Nowhys haben im ganzen an hundert Schüsse abgegeben. Als die Polizei auf dem Schauplatz ankam, fand sie den Ballsaal verlassen und alles in Trümmer geschlagen. Zwei verwundete Mädchen wälzten sich in ihrem Blute, ein drittes wurde tödlich getroffen. Dieses Mädchen soll die Ursache des ganzen Streites gewesen sein. Die Täter waren verschwunden.

Hd. New York, 4. Januar. Der Luftschiffer Bauhan ist an Bord des Dampfers „Britannia“ entworfen, um in Nordamerika Flugversuche zu veranstalten. Gleich nach seiner Landung wurde ihm eine Prozeßlage gestellt, welche seitens der Oberbürger Wright gegen ihn eingereicht worden ist. Diese wollen den Luftschiffer verbieten, sich der Apparate Farman's zu bedienen, weil diese angeblich eine Nachahmung ihrer Apparate seien.

Wb. Wien, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Dr. von Lukacs wurde heute vom Kaiser in 1 1/2 stündiger Audienz empfangen und zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt. Damit gilt die durch den Rücktritt Bedekes seit dem 20. Dezember bestehende Ministerkrise als erledigt.

Wb. London, 4. Januar. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ wird die Zahl der auskündigen Bergleute in Northumberland und Durham auf je 20 000 angedeutet.

Hd. Kanea, 4. Januar. Die Kammer wurde nach Erledigung des Landeshaushalts und verschiedener anderer Gelehe geschlossen.

Hd. Montreal, 4. Januar. Die Typhusepidemie hat gestern sechs neue Opfer gefordert. In den letzten 2 Tagen wurden 228 neue Krankheitsfälle verzeichnet. Bis jetzt sind über 3000 Menschen von der Epidemie befallen. Ein Nothospital mußte eingerichtet werden, da die städtischen Krankenhäuser die Zahl der Kranken bei weitem nicht fassen können.

Hd. Petersburg, 4. Januar. In den letzten Tagen wurden von der politischen Polizei 1136 Verhaftungen vorgenommen. 100 Studenten erhielten vom Stadthauptmann unentgeltlich Fahrkarten nach verschiedenen Städten unter der Bedingung, daß sie zur Zeit der Beerdigung des Großfürsten Michael Nikolajewitsch Petersburg verlassen.

Hd. Madrid, 4. Januar. Die Terroristen in Saragossa bleiben trotz der Bemählungen der Polizei unentdeckt. (Es werden sicherlich Polizeispiele sein. Red.) In Barcelona sind infolge der Zufuhren noch weitere Verhaftungen vorgenommen worden, so daß sich jetzt 110 Personen in Haft befinden. Erst 42 Untersuchungen sind beendet.

Wb. Madrid, 4. Januar. In Saragossa wurden gestern abend vor den Türen mehrerer Kirchen, in denen Gottesdienst war, Petarden abgedrückt. Unter den Gläubigen entstand eine lebhaft Panik. Die Umhüllungen der Petarden trugen Aufschriften wie „Gerechtigkeit“ und „Zur Erinnerung an die Hinrichtung Ferrers und Guarbias“.

Wettervorhersage.

Wittsch, 5. Januar: Zeitweil aufkarend, vorwiegend trocken, mild.

